

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2024



**„Otto... find' ich gut...“ – Ergebnisse einer Cottbuser Gefangenenbefragung
UOKG zur Vorstudie „Lieferketten der DDR-Zwangsarbeit“**

Diagnose: Unangepasst – Der Albtraum Tripperburg

Wie lange noch?

Inhalt

Aktuell

- 3 Fotoausstellung „Ukrainische Flüchtlinge: Zwei Adressen – ein Schicksal“
Stiftung Berliner Mauer
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Erfurt
- 6 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Bundesarchiv – Stasiunterlagen-Archiv – Berlin
Gedenken anlässlich des Volksaufstandes von 1953
- 7 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung
Deutschen Gesellschaft e. V.

Aufarbeitung

- 8 DDR-Archivgut teilweise nicht nutzbar
Verhöhnern sie uns?
- 9 Einzigartige Bilder aus der Haftzeit
- 10 Diagnose: Unangepasst – Der Altraum Tripperburg

Berichte

- 10 Vasko Krapkata – Der Kommunismus ist vorbei...
- 11 UOKG zur Vorstudie „Lieferketten der DDR-Zwangsarbeit“
Treffen der 2. und 3. Generation
in der Gedenkstätte Roter Ochsen in Halle/Saale
- 12 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 13 Mord am Bahnhof Friedrichstraße

Geschichte

- 14 „Otto... find' ich gut...“ –
Ergebnisse einer Cottbuser Gefangenenbefragung

Verbände

- 18 Goldene BdV-Ehrenadeln
für Sylvia Stierstorfer und Peter Winter
Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.
- 19 Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung
Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

Service/Bücher

- 20 Nachruf auf Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann
Nachruf auf Frank Döbert und Petra Grund
Wie lange noch?
- 21 Jugendhäuser in der DDR
Ein Holzkoffer als Hoffnungsschimmer
Gefangen in Bautzen...
Kontaktanzeige
- 22 Grenzschicksale
- 23 Im Ministerium der Lügen
Wettlauf der Wohlfahrtssysteme

Umschlagbild

„OTTO-Vielfalt für alle...“
Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Offener Brief des Vorsitzenden der UOKG zur Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR

Sehr geehrter Herr Voigt (Group Vice President Corporate Communications and Political Affairs), obwohl die Otto-Group in der Vergangenheit m. E. sehr unkooperativ bei der Aufklärung des Themas „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR für westdeutsche Konzerne“ war, sind wir bemüht, fair mit der Otto Group umzugehen. Die Otto Group hat sich entschieden die Firmengeschichte durch Juristen „sauber“ zu halten und das Bild einer Marke, die sich wirtschaftsethischen Handlungsprinzipien verpflichtet fühlt, mit Anwälten zu verteidigen. Betroffenen ehemaligen politischen Häftlingen werfen Sie vor, eine „Kampagne“ gegen Ihr Unternehmen zu führen. Sie wissen natürlich, dass es sich nicht um eine Kampagne handelt, sondern, dass die Firma Otto selbst und auch die von der Otto Group übernommenen Versandhäuser im großen Stil in der DDR eingekauft haben. Bei dem Vertrieb von Praktica-Kameras ist der Nachweis erbracht, dass in einigen Produktionsjahren mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Teile mehrerer von Ihnen gehandelter Kameras im ehemaligen Zuchthaus Cottbus – u. a. von mir – von politischen Gefangenen in Haftzwangsarbeit gefertigt wurden. Sie wissen natürlich auch, dass die Beteiligung der Otto-Marken am Handel mit der DDR noch viel mehr Produkte umfasst, die unter Einsatz politischer Häftlinge produziert wurden.

Da wir – im Gegensatz zu Ihrem Haus – fair sind, halten wir Sie über unsere und die Forschung anderer Stellen zu diesem Thema auf dem Laufenden.

Ihre Äußerung gegenüber der Presse zur Vorstudie „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“ haben wir zur Kenntnis genommen. Wenn wir es richtig verstehen, dann zweifelt die Otto Group die fachliche Eignung der Humboldt-Universität zu Berlin an, unabhängige und objektive Forschungen durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass sich die Humboldt-Universität dazu äußern wird. Darüber hinaus steht es Ihrem Unternehmen frei, selber eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben oder durchzuführen wie es bereits die Deutsche Bahn und IKEA getan haben.

Am 11. Juli 2024 wird der Herr Bundespräsident im ehemaligen Frauenzucht-



Foto: Dombrowski

haus Hoheneck die Gedenkstätte und Dauerausstellung eröffnen. In Hoheneck wurde neben dem Exportschlager der Feinstrumpfhosen u.a. Bettwäsche für westdeutsche Firmen „produziert“. Die Fa. Neckermann, die von Ihrem Haus übernommen wurde und bis 2021 als Onlinehandel weitergeführt wurde, hat die Ware direkt aus dem Zuchthaus Hoheneck abholen lassen. Natürlich wissen Sie das auch, da Sie ja in den Archiven der Otto Group nachgeschaut haben. Diese Sachverhalte sind auch Gegenstand der Dauerausstellung und der Zeitzugenaussagen. Die aktuelle Zeitzugenaussage eines verantwortlichen Zivilmitarbeiters der ehemaligen Haftanstalt zu diesem, die Otto Group betreffenden Bereichs, füge ich meinem Schreiben bei (siehe Beitrag S.14–17). Möglicherweise möchte Herr Dr. Michael Otto mit seinen vorzüglichen Kontakten zur Staatsspitze dem Herrn Bundespräsidenten raten, von der Eröffnung der Gedenkstätte Abstand zu nehmen?

Auch wenn mein heutiges Schreiben ein wenig „spitz“ formuliert ist, möchte ich nochmals betonen, dass wir Ihrem Unternehmen keine juristische Verantwortung für das Geschehene zuweisen. Die Art und Weise, wie Ihr Unternehmen bekannte Tatsachen bestreitet und Betroffenen quasi unterstellt die Unwahrheit zu sagen, ist für uns nicht akzeptabel. Es ist für uns somit eine Verpflichtung, die Ehre von Verfolgten der zweiten deutschen Diktatur zu verteidigen.

Wir möchten Sie nochmals bitten und einladen mit uns in konstruktive Gespräche einzutreten.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Dombrowski

Fotoausstellung „Ukrainische Flüchtlinge: Zwei Adressen – ein Schicksal“

Mehr als 7.000 Ukrainerinnen und Ukrainer, vor allem Frauen und Kinder, sind seit Beginn des umfassenden russischen Angriffskriegs auf ihr Land vor mehr als zwei Jahren nach Chemnitz gekommen. Vielfach haben sie den Kriegsbeginn in der Heimat, russische Angriffe auf Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser miterlebt, Angehörige, Väter und Ehemänner, Verwandte und Freunde in der Heimat zurückgelassen oder verloren. Einige von ihnen sind selbst verwundet worden oder befanden sich in der Gewalt der russischen Besatzer.

In den Fotos der Sonderausstellung „Ukrainische Flüchtlinge: Zwei Adressen – ein Schicksal“ setzen sie sich mit diesen Erlebnissen und auch den Erfahrungen nach der Ankunft in Deutschland auseinander. Die Ausstellung war vor einem Jahr bereits im Chemnitzer Kulturzentrum „Das Tietz“ zu Gast. Nun wird in Zusammenarbeit mit den Fotofreunden Chemnitz unter der Leitung von Vladimir Shvemmer eine Auswahl im Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis gezeigt.

Die Ausstellung ist nach der Eröffnung am 24. April, 19.00 Uhr bis zum 26. Mai 2024 zu den regulären Öffnungszeiten in unserem neuen Lernort im früheren



копия – Fotoausstellung – Ukrainische Flüchtlinge: Zwei Adressen – ein Schicksal
Das Porträtfoto zum Vortrag am 23. Mai 2024 zeigt Prof. Dr. Vladimir Shikhman.
Foto: Vladimir Shvemmer

Hafttrakt B zu sehen und Anlass für einen Ukraine-Schwerpunkt im Haus. Außerdem bietet der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis eine kostenlose Führung für die ukrainische Community in Chemnitz durch den neuen Lernort mit Dauerausstellung an.

Wir danken den Fotofreunden Chemnitz für die freundliche Zusammenarbeit sowie der Sächsischen Mozart-Gesellschaft e.V. Chemnitz für die musikalische Kooperation im Rahmen der Museumsnacht.



Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis
Kaßbergstraße 16 c
09112 Chemnitz
Tel.: 0371 5248 6884
Fax: 0371 5248 6881
<https://gedenkort-kassberg.de/>
info@gedenkort-kassberg.de
Facebook neu: <https://www.facebook.com/lernortkassberg>
Instagram: https://www.instagram.com/lernort_kassberg/
Geöffnet Mittwoch bis Sonntag,
jeweils 10.00 bis 17.00 Uhr

Stiftung Berliner Mauer

Fotoausstellung: Alltag in der DDR.

Fotos aus den 1980er-Jahren von Mahmoud Dabdoub.

Zeit: Mittwoch, 12. Juni 2024, 18.30 Uhr

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

Buchvorstellung & Ausstellungseröffnung: Die Aufnahmen des Fotografen Mahmoud Dabdoub aus dem Alltag in der DDR in Leipzig und Berlin kennzeichnen eine genaue Beobachtung des alltäglichen Geschehens und das überraschende Motiv. Sie zeigen eine Welt, die heute nicht mehr existiert. Im Gespräch mit dem Autor Thomas Brussig berichtet Mahmoud Dabdoub von der Entstehung seiner Motive, dem Blick des Fotografen und seine Perspektive auf das Leben in der DDR. Eine Auswahl seiner Fotografien wird anlässlich der Veranstaltung im Besucherzentrum der Gedenkstätte gezeigt.

Der Fotoband Alltag in der DDR erscheint im Mai im Passage Verlag.

Eintritt frei. Anmeldung erbeten:

https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/form/event-registration-de?source_entity_type=node&source_entity_id=1473&date=2024-06-12T18%3A30%3A00%2B02%3A00

Mehr zur Veranstaltung: <https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/gedenkstaette-berliner-mauer/besuch/programm/alltag-der-ddr>

Führungen und Angebote im Kalender: <https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/gedenkstaette-berliner-mauer/besuch/programm>

Gedenkstätte Günter Litfin:

geöffnet von Mai bis Oktober 2024

Zeit: Donnerstag & Freitag,

13.00–17.00 Uhr,

Samstag & Sonntag, 11.00–17.00 Uhr

Ort: Kieler Straße 2, 10155 Berlin

Ab Mai ist die Gedenkstätte Günter Litfin wieder von Donnerstag bis Sonntag geöffnet. Jeden Samstag (11.30–14.00 Uhr) und Sonntag (14.00–16.30 Uhr) gibt es Live-Speaking mit Guides vor Ort. Mehr über den Ort: <https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/gedenkstaette-guenter-litfin>

Die sechs Standorte der Stiftung befinden sich im Berliner Stadtgebiet. Der Besuch ist kostenfrei. Zentrale Themen sind die Geschichte der deutschen Teilung und der Berliner Mauer, Flucht und Ausreise aus der DDR, die Todesopfer an der Berliner Mauer sowie Kunst an der Mauer und der Checkpoint Charlie.

Stiftung Berliner Mauer

Bernauer Straße 111, 13355 Berlin

Internet: [https://](https://www.stiftung-berliner-mauer.de)

www.stiftung-berliner-mauer.de

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Dresden

08.06.2024, 18.00–24.00 Museumsnacht Dresden

„Provokation im sozialistischen Alltag“ – Heavy Metal in der DDR. Zur Museumsnacht öffnen wir unsere Archivräume und präsentieren besondere Fundstücke.

18.00–24.00 Uhr

Ausstellung „Heavy Metal in der DDR“.

In Themenstationen wird der Umgang der Stasi mit der Metal-Szene anhand von Dokumenten und Fotos aus dem Archiv dargestellt.

18.00 Uhr–24.00 Uhr

Gläsernes Büro

– Vom Antrag zur Akte.

Wie können Stasi-Akten eingesehen werden?

– Stasi-Akten selbst entdecken. Ein großer Fundus an Beispielakten zum Lesen gibt einen Einblick in die Arbeitsweise der Stasi.

18.00–23.00 Uhr

Programm für Familien und Kinder

„Wo ist mein Brief?“ Histocaching analog gedacht:

Schnipseljagd für Kinder und Jugendliche durch das Stasi-Unterlagen-Archiv zum Thema Postüberwachung.

18.00–23.00 Uhr

stündliche Führungen

Auf den Spuren der Staatssicherheit. Rundgänge durch das Stasi-Unterlagen-Archiv.

27.06.2024, 09.00–18.00 Besuchertag |

16:30 Archivführung (Um Anmeldung wird gebeten.)

Einmal im Monat öffnet das Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden für Sie seine Türen und lädt zu einem Besuchertag ein. Sie können in Beispielakten stöbern, erhalten Informationen rund um die Einsicht in die Stasi-Akten und lernen die Arbeit des Archivs kennen. Interessierte Bürgerin-

nen und Bürger können sich zwischen 09.00 und 18.00 Uhr zur Akteneinsicht informieren und beraten lassen. Warum wird geschwärzt und welche Möglichkeiten gibt es, Decknamen entschlüsseln zu lassen? Diese und viele weitere Fragen beantworten Beschäftigte des Stasi-Unterlagen-Archivs und gewähren einen Einblick in den Ablauf der Arbeit. Einen Beratungsschwerpunkt bildet der Zugang zu Akten verstorbener Familienangehöriger. Welche Voraussetzungen sind zu erfüllen, welche Unterlagen müssen vorgelegt werden und was ist ein „berechtigtes Interesse“? Der Antrag auf Einsichtnahme in Stasi-Unterlagen kann vor Ort gestellt werden. Dafür ist ein Personaldokument erforderlich.

Während der Archivführung um 16.30 Uhr gewähren wir einen Einblick in unsere Magazinräume, in denen sich 8.239 Meter Akten und 3 Millionen Karteikarten der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung Dresden befinden. Wie arbeitete die DDR-Geheimpolizei, wer geriet ins Visier? Diese und weitere Fragen beantworten wir während des Rundganges.

Um Anmeldung zu den Führungen wird gebeten.

Die Führung ist kostenfrei.

Im Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden werden die Hinterlassenschaften der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung Dresden verwahrt.

Kontakt

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Dresden
Riesaer Straße 7D

01129 Dresden

Tel.: 030 18665-3411

E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Um Anmeldung zu den Führungen wird gebeten.

Die Angebote sind kostenfrei.



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Rostock

Dienstag, 04. Juni 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Ort: Grüner Weg 5

18055 Rostock

(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Mittwoch, 05. Juni 2024, 15.00 Uhr

Öffentliche Führung: Einer Diktatur auf der Spur.

Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv

Bundesarchiv

Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock

Straße der Demokratie 2

18196 Waldeck-Dummerstorf

Dienstag, 02. Juli 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen

Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Ort: Grüner Weg 5, 18055 Rostock

(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Donnerstag, 04. Juli 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

18.00 Uhr, Vortrag und Gespräch. US-amerikanische Spionage an der Ostsee. Wirklichkeit und Legende im Spiegel der Stasi-Akten.

Referent: Dr. Michael Heinz

(Historiker, Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Ort: Soziokulturelles Zentrum St. Spiritus

Lange Straße 49/51

17489 Greifswald

Änderungen vorbehalten!

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Straße der Demokratie 2, 18196 Waldeck/Dummerstorf

Tel.: 038208 826 1323

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Leipzig

Öffentliche Führung

Mittwoch, 26. Juni 2024, 11.00 Uhr
Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“
Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen.
Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.
Plakatausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zu fünf Themenbereichen und fünf Einzelschicksalen.

Wechselausstellungen

05. Januar bis 31. Dezember 2024
Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur.
Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mähler und Stefan Wolle.

02. Mai bis 31. Juli 2024

Titel: Fußball für die Stasi. Der Berliner Fußball-Club Dynamo.
Eine Ausstellung des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archiv.

Öffnungszeiten der Ausstellungen

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr;
Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr
Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.
Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24
04109 Leipzig
Telefon: 0341 - 2247-3211
Fax: 0341 - 2247-3219
Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Erfurt

20.06.2024, 16.00 Uhr Archivführung

17.00 Uhr Stasi-Akte-Spezial: Vortrag: Der mysteriöse Tod des „Sportverrätters“ Lutz Eigendorf – Steckte die Stasi dahinter? Thomas Purschke (Journalist)

06.07.2024, Petersbergfest

11.00, 12.00, 13.00 Uhr Archivführung
Ab 11.00 Uhr Filmvorführung im Informations- und Dokumentationszentrum (IDZ).
Ab 14.00 Uhr Vortrag und Zeitzeugengespräch mit dem Freundeskreis „Willy Brandt im Erfurter Hof e.V.“ mit einem Begleitfilm zum Besuch von Willy Brandt in Erfurt im März 1970.

19.09.2024, 16.00 Uhr, Archivführung

17.00 Uhr, Stasi-Akte-Spezial: Vortrag: Migranten in der DDR Maria Ackermann (Historikerin)

Ausstellungen

01.03.2024–30.06.2024 „Der 17. Juni kompakt“

Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 jährte sich 2023 zum 70. Mal. Die Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung fasst die Geschichte zusammen und zeichnet die Ereignisse um den 17. Juni nach.
Am 17. Juni 1953 gehen im Osten Deutschlands über eine Million Menschen auf die Straße. Aus einem sozialen Arbeiterprotest wird ein Volksaufstand.

02.07.2024–30.09.2024

Geschichte in Bewegung: erinnern, erleben, gedenken – Migrant:innen in der DDR.
Die DDR war ein sozialistischer Staat, indem auch Migrant:innen aus anderen Ländern, wie z.B. Vietnam, Kuba oder Mosambique lebten. Anhand ihrer Geschichten soll gezeigt werden, wie das Leben in einer Diktatur für diese Menschen war.

Öffentliche Archivführungen finden jeden 3. Donnerstag im Monat (Januar – November) ab 16.00 Uhr statt. Gruppenführungen finden nur mit Terminvereinbarung statt. Tel. 030/18665-4711, E-Mail: erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Informations- und Dokumentationszentrum /

Dauerausstellung

Die Ausstellung „Sicherungsbereich DDR“ zeichnet die geschichtliche Entwicklung des Staatssicherheitsdienstes nach und dokumentiert einige seiner regionalen Aufgaben im ehemaligen Bezirk Erfurt. Dazu zählten insbesondere die Sicherung der Staatsgrenze zur Bundesrepublik und die Überwachung der Transitstrecke zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin. Wie wurden die Menschen in der DDR überwacht und ausspioniert? Wie funktionierte der Überwachungsapparat und wie war er aufgebaut? Welchen Anteil hatte das Ministerium für Staatssicherheit an politischen Prozessen? Welche Fluchten über die Grenze verhinderte die Geheimpolizei? Wo waren die Lager, in denen oppositionelle Bürger eingesperrt werden sollten? Antworten darauf bietet das Informations- und Dokumentationszentrum des Landes Thüringen im Gebäude des Stasi-Unterlagen-Archivs Erfurt.

Öffnungszeiten der Ausstellungen:

täglich 09.00–18.00 Uhr

Service- und Bearbeitungszeiten:

Montag–Donnerstag 08.00–16.00 Uhr
Freitag 08.00–14.00 Uhr

Kontakt:

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Erfurt
Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt
Telefon: +49(0)361-5519-4710
Internet: www.bundesarchiv.de



Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 09. Juli 2024, 18.00 Uhr

Dr. Klaus-Rüdiger Mai, der Germanist, Historiker und Philosoph stellt sein neuestes Buch vor: Der kurze Sommer der Freiheit: Wie aus der DDR eine Diktatur wurde.

Zu Recht bekannt und Teil unserer Erinnerungskultur ist die mutige Tat der Gruppe um die Geschwister Scholl. Doch wer kennt Herbert Belter? Wer kennt Wolfgang Ihmels, Jutta Erbstöber oder Wolfgang Natonek? Auch Herbert Belter wurde von den Henkern eines totalitären Staates ermordet, nachdem er Flugblätter verteilt hatte, auch er war erst 21 Jahre alt am Tag seines gewaltsamen Todes. Klaus-Rüdiger Mai erzählt auf der Grundlage intensiver Quellenrecherchen erstmals die ganze Geschichte des mutigen

Widerstands Leipziger Studenten gegen die Stalinisierung Ostdeutschlands und bettet ihre Geschichte ein in die Unterdrückung demokratischer Anfänge in der DDR von ihrer Gründung 1949 bis zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Ein Lehrstück über das Werden einer Diktatur und über Mut und Widerstand.

Dienstag, 23. Juli 2024, 19.00 Uhr

Dr. Steffi Brüning, die Leiterin der Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock hält ihren Vortrag: Prostitution in der DDR: Eine Untersuchung am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig, 1968 bis 1989.

Die Untersuchung von Steffi Brüning zeigt die vielfältigen Facetten von Prostitution in der DDR auf. Im Fokus stehen staat-

liche Eingriffsversuche wie strafrechtliche Verurteilungen, vor allem aber die Disziplinierungsversuche durch die lokalen Verwaltungen und das Gesundheitswesen. Neben repressiven Maßnahmen ist auch eine Unterstützung von Prostitution durch das Ministerium für Staatssicherheit und die Abteilung 1 der Kriminalpolizei nachweisbar. Sexuell freizügige Frauen und Prostituierte kamen unter anderem als „Honigfallen“ zum Einsatz, die auf „operativ-interessante“ Personen angesetzt wurden.

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Berlin

EM 2024 in der Stasi-Zentrale – Veranstaltungsreihe 14.–23. Juni 2024

Freitag, 14.06.2024

18.00 Uhr, Führung: Fußball und Stasi (ca. 70 min) Die Stasi beeinflusste das Leben von DDR-Fußballern auf ganz unterschiedliche Weise. Wie andere DDR-Bürgerinnen und Bürger erlebten Sie Überwachung und Repression, konnten aber auch Begünstigte des Systems sein. Die Führung durch die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ zeigt neben den Arbeitsweisen und Methoden der Stasi auch Beispiele, wie der Geheimdienst auf den Fußballsport und seine Akteure einwirkte.

18.30 Uhr, Führung durch das Archiv der DDR-Opposition (ca. 60 min)

20.00 Uhr, „Der Stasi-Klub BFC Dynamo Berlin – zwischen Erfolg und Vereinnahmung“

Internet: Website der VA: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/ueber-uns/termin/der-stasi-klub-bfc-dynamo-berlin-zwischen-erfolg-und-vereinnahmung-berlin-14-06-2024/>

Der BFC Dynamo, Fußball-Rekordmeister der DDR, mit auch beachtlichen internationalen Erfolgen, gilt spätestens seit Mitte der Sechzigerjahre als „Stasi-Klub“. Ende der 1970er Jahre stieg der Verein zur führenden Kraft auf, es folgten zehn Meisterschaften hintereinander. Wir werfen mit unseren Gästen einen Blick auf den Fußball in der DDR, das System der Dynamo-Vereine und die Sonderstellung des BFC Dynamo und sprechen über die Fankultur des Vereins in den 1980er Jahren.

Gespräch mit: Jutta Braun, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Rolf Walter, ehemaliger Hooligan des BFC Dynamo in den 80er Jahren. Moderation: Dagrun Hintze, Fußballkolumnistin und Theaterautorin.

21.00 Uhr, EM-Eröffnungsspiel Deutschland – Schottland

Programm: Die Teilnahme ist begrenzt. Anmeldung erforderlich unter: einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de

Bundesarchiv Normannenstraße 21a,
„Haus 7“, 10365 Berlin
Internet: <https://www.einblick-ins-geheime.de/>
www.stasi-unterlagen-archiv.de



Gedenken anlässlich des Volksaufstandes von 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, wir laden Euch ganz herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung am Montag, dem 17. Juni 2024, 11.00 Uhr in der Parkanlage gegenüber dem Landgericht (Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz) ein.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf beste Gesundheit. Der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz.

Holker Thierfeld

Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und das Filmmuseum Potsdam laden ein zur Filmvorführung „flüstern und SCHREIEN“ im Rahmen der diesjährigen Zeitschnitt- Filmreihe. Sie trägt den Titel „Ist es leicht, jung zu sein?“ – Jugend abseits sozialistischer Normen.“

Wann: 04. Juni 2024, 18.00 Uhr
Wo: Altes Kino Lychen, Kirchstraße 3 a, 17279 Lychen

DDR 1988, 120 min, Dokumentarfilm

FSK: ab 12 Jahren
Regie: Dieter Schumann
Einführung: Dr. Claus Löser (Filmhistoriker und -kurator)
Eintritt: 4 Euro

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Filmmuseum Potsdam und dem Alten Kino Lychen.
Weitere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Webseite: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/event/fluestern-schreien-in-der-filmreihe-zeitschnitt/>

Deutschen Gesellschaft e. V.

Konferenzen und Tagungen: 09.–11.06.2024 | Teplitz-Schönau/Teplice (CZ) | Tagung „Vertriebene, (Heimweh-)Touristen und ‚Neusiedler‘ in den Grenzgebieten der DDR, Tschechoslowakei und der Volksrepublik Polen“

Die Tagung beleuchtet die Geschichte der Vertriebenen, (Heimweh-)Touristen und „Neusiedler“ in den sozialistischen „Bruderländern“ bis 1989. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen möchten wir neue Erkenntnisse gewinnen und über die Zukunft der Verständigung sprechen.

Projekthintergrund:

Die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen und Siedlungsgebieten Ostmitteleuropas, die sich in der sowjetischen Besatzungszone/der DDR niedergelassen hatten, unterschied sich in wesentlichen Punkten von ihren Landsleuten im Westen. Ein entscheidender Aspekt war: Die Staaten, in denen ihre frühere Heimat lag, zählten zu den „befreundeten Bruderländern“ des sozialistischen Lagers und die dort lebenden Menschen galten als befreundete Völker. Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR konnten so etwas früher und vor einem anderen politischen Hintergrund als die in der Bundesrepublik in ihre alte Heimat nach Böhmen oder Schlesien fahren.

Mehr als 35 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges wollen wir zudem einen Blick auf bisherige Versöhnungsinitiativen aus Deutschland, Polen und Tschechien werfen und mit Praktikern der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit über die Zukunft der Verständigung sprechen.

Eine Anmeldung ist bis 31. Mai über die Webseite möglich.

Mehr Informationen: <https://deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1828-2024-vhtns.html>

Ansprechpartner:

Dr. Vincent Regente
Leiter der Abteilung EU & Europa |
Vedoucí oddělení EU a Evropy
Tel.: +49 (0)30 88 412 288
Deutschen Gesellschaft e. V.

Lesung mit Gespräch: 25.06.2024, 18.00 Uhr: „Zukunft (er)träumen: Jugend zwischen Hoffen und Bangen im geteilten und vereinten Deutschland“

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Im Anschluss an die Veranstaltung kleiner Umtrunk und Gespräche über die Zukunft.

Im Jahr 2024 realisieren die Deutsche Gesellschaft e.V. und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

unter dem Titel „Zurück in die Zukunft! Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949-1989-2024“ eine vierteilige Diskussionsreihe. 75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution lädt die Reihe dazu ein, vergangene Zukünfte zu erkunden: Welche politischen und gesellschaftlichen Ideen waren mit den Aufbruchsmomenten 1949 und 1989 verbunden? Welche Sehnsüchte weckten sie bei den Menschen in Ost und West? Welche Prognosen haben sich erfüllt, welche sind längst überholt? Und inwiefern prägen unerfüllte Erwartungen und enttäuschte Hoffnungen unsere Gegenwart? In Diskussionsrunden, Lesungen und Filmabenden wollen wir mit Zukunftsforscherinnen und Zukunftsforschern, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Expertinnen und Experten aus Gesellschaft, Politik und Kultur zukunftsweisende Antworten auf die Fragen unserer Gegenwart finden.

Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Kontaktadresse für Fragen und Kommentare: zukunft@deutsche-gesellschaft-ev.de

Ausführliche Informationen zum Programm: <https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/diskussionsreihen/1801-2024-diskussionsreihe-zurueck-in-die-zukunft.html>



DDR-Archivgut teilweise nicht nutzbar

Studie empfiehlt vollständige Erschließung und verstärkte Digitalisierung von Beständen aus SBZ/DDR-Provenienz in Berlin.


In Berlin lagern in mehr als 80 Archiven schriftliche, fotografische und audiovisuelle Überlieferungen aus der Zeit der DDR und der Sowjetischen Besatzungszone. Einige dieser Bestände sind jedoch bisher kaum erschlossen. Das betroffene Archivgut ist damit nicht oder nur eingeschränkt für Forschungszwecke oder für Verfahren zur Rehabilitation und Entschädigung von Verfolgten der SED-Diktatur nutzbar. Das geht aus der empirischen Studie zur Archivierung und Dokumentation von Beständen mit SBZ/DDR-Provenienz im Land Berlin im Zeitraum von 1990 bis 2022 hervor, die Facts & Files Historisches Forschungsinstitut Berlin im Auftrag des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) erstellt hat.

Der Studie zufolge verfügen 32 der untersuchten Archive über Bestände mit

SBZ/DDR-Provenienz, die nicht oder nur unzureichend erschlossen sind. Zu den Handlungsempfehlungen, die Facts & Files erarbeitet hat, gehört daher, die vollständige Erschließung der Bestände voranzutreiben. Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der Digitalisierung von Archivgut, sowohl im Hinblick auf die Bestandserhaltung, als auch im Hinblick darauf, das Archivgut dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit die Archive diese Empfehlungen umsetzen können, benötigen sie die entsprechenden personellen, finanziellen und räumlich-technischen Ressourcen. Das Forschungsinstitut regt an, dass das Land Berlin Förderprogramme für die Erschließung, die Digitalisierung und den Erhalt von Archivgut mit dem Schwerpunkt auf SBZ/DDR-Bestände auflegt.

Für die Studie hat Facts & Files insgesamt 159 archivarische Einrichtungen im Land Berlin angeschrieben. Die Daten von 54 Archiven, die über Bestände aus SBZ und DDR verfügen, wurden für die Untersuchung ausgewertet. Die Studie können Sie hier herunterladen: <https://www.berlin.de/aufarbeitung/veroeffentlichungen/sachstandsbericht/studie-2/artikel.1437388.php>

Hintergrund

Die empirische Studie ist Teil mehrerer Evaluationsstudien zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin, die das Abgeordnetenhaus von Berlin 2017 beschlossen hat (Drucksache 18/0427). In der Folge hat der Berliner Kultursenator im Oktober 2018 den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten mit der Umsetzung betraut. 

Verhöhnern sie uns?

Droht die Stadt Neubrandenburg beim Verkauf des ehemaligen Gefängnis Komplexes des MfS in Neubrandenburg leer auszugehen? Das Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern will mit der Vermarktung des Areals beginnen und im Mai 2024 ein Verkaufsexposé veröffentlichen. **Das Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat die begonnenen Kaufverhandlungen mit der Stadt Neubrandenburg abgebrochen und nicht fortgeführt, da die Stadtvertretung über die MfS-Untersuchungshaftanstalt ein fünfjähriges Moratorium beschlossen hat.** Auch zu einer Besitzübernahme bis zum Zeitpunkt einer Entscheidung der Stadt, welche das Land angeboten habe, ist die Stadt nicht bereit. Daher ist das Land Mecklenburg-Vorpommern gehalten, über den weiteren Umgang mit der ehemaligen Justizvollzugsanstalt zu entscheiden. Will das Finanzministerium der rot-roten Landesregierung Druck auf die Stadt Neubrandenburg ausüben?

Laut Auffassung des Finanzministeriums der rot-roten Landesregierung würde ein weiterer Leerstand über mehrere Jahre Kosten zulasten des Landeshaushalts gehen. Daher

beabsichtigt man das Objekt in einem allgemeinen Bieterverfahren zum Kauf anzubieten. Ein umfangreiches Exposé mit Informationen soll voraussichtlich ab Mai 2024 auf der Internetseite der Staatlichen Bau- und Liegenschaftsverwaltung sowie Immobilienportalen veröffentlicht werden. Das ehemalige Gefängnis auf dem Lindenberg war in der DDR von 1987 bis Ende 1989 die neueste Spezialhaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und die einzige in WBS-70 Plattenbauweise mit rund 200 Zellen und Verhörräumen. Nach der Friedlichen Revolution von 1989 wurde es zu einer Justiz-Vollzugsanstalt umgebaut. 2018 wurde die Haftanstalt aufgegeben, seitdem steht das Gebäude leer.

Die Stadt Neubrandenburg wollte ursprünglich das Areal übernehmen und dort ein Wohnquartier entwickeln. Im Ergebnis einer leidenschaftlichen Debatte, welche durch das jahrelange Engagement der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. über eine Gedenkstätte angestoßen wurde, beschloss die Stadtvertretung Ende 2022 ein fünfjähriges Moratorium. Das bedeutet, dass die Stadt bauliche Veränderung für diesen Zeitraum verbieten will. Andere

Käufer als die Stadt müssen sich jedoch nicht an das Moratorium halten. Die Stadt Neubrandenburg strebt jetzt eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 81 „Am Behördenzentrum“ an, welcher sich in Aufstellung befindet. Um städtebaulichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, brauche es angesichts der Verkaufsbemühungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit der Veränderungssperre ein „schärferes Schwert“, sagte Frank Renner (Leiter des Fachbereichs für Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung) gegenüber dem Nordkurier (lokale Tageszeitung). Diese gelte aber maximal für drei Jahre. Da die Verwaltung wegen des Moratoriums aber nicht am B-Plan weiterarbeiten darf, plädierte die Stadtverwaltung im Stadtentwicklungsausschuss dafür, dass während der kommenden Wahlperiode noch mal über den Moratoriumsbeschluss nachgedacht werden sollte.

Marcel Spittel, Mitglied der Grünen-Fraktion, **verwies** nun nachträglich gegenüber der lokalen Presse **darauf, dass das Moratorium mit einem Beschluss der Stadtvertretung vorzeitig beendet werden könne, sobald ein Gedenkstättenbeschluss**

vorliege. Ziel des Moratoriums sei es nicht gewesen, fünf Jahre die Entwicklung eines Geländes zu verhindern, sondern einen „angemessenen Umgang“ mit dem Gedenken zu finden. Diese Aussagen eines Nichtbetroffenen durch die SED/DDR-Diktatur sind beschämend und beleidigend für die Opfer der zweiten deutschen Diktatur. Weisheit sollte man mit anderen teilen, sie muss anwendbar sein und sie ist nur dann von Wert, wenn sie funktioniert. Auf dieser Grundlage kann ich die Aussagen von Herrn Spittel nicht nachvollziehen. **War es nicht seine Partei die den Moratoriumsbeschluss in Neubrandenburgs Stadtvertretung eingebracht hat? Jetzt fabuliert er darüber, diesen wieder aufzuheben.** Wie glaubwürdig sind dieser Parteifunktionär bzw. die Partei Bündnis90/Die Grünen, wenn sie dies wirklich unterstützen? Mich erschüttern solche Formulierungen. Es vermittelt den Eindruck, das SED/DDR-Regime sei harmlos gewesen und auch nicht so verbrecherisch wie das Dritte

Reich. Menschen die solche Aussagen treffen, geben sich freiheitlich, nutzen die Demokratie, wobei sie die Demokratie schädigen, indem sie den Opfern nicht gerecht werden. Es gibt keine Opfer 1. und 2. Klasse.

Ich weiß nicht, wo das Geschichts- und Menschheitsbewusstsein solcher Bürger ist. Oder ist es diesen entgangen, dass Nazi-Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen, Jamlitz und Torgau bis 1950 in Betrieb blieben. Hier wurden systematisch politische Gegner der Zwangsvereinigung von SPD-KPD zur SED vernichtet. Es kommt einer Verhöhnung aller Opfer kommunistischer Diktaturen (weltweit 100 Millionen Menschen) gleich, wenn, wie z.B. in Bautzen bis Ende der Vierziger- und Anfang der Fünfzigerjahre, die systematische Vernichtung von politischen Gegnern ignoriert wird. Sicher gab es später in der MfS-Haftanstalt Neubrandenburg keine physische Vernichtung. Unter den Traumafolgestörungen leiden aber bis heute viele ehemalige politische

Häftlinge des DDR/SED-Regime. Auch der letzte Sympathisant des DDR/SED-Regimes dürfte aber bemerkt haben, und wie aus den vielen Veröffentlichungen der letzten Jahre allgemein bekannt sein dürfte, dass es Hunderte von Menschen waren, die mit und ohne Todesurteil, auf dem Boden der DDR hingerichtet wurden, und, dass viele Menschen ab den siebziger- und achtziger Jahren systematisch psychisch gefoltert und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Es ist letztlich für alle Verfolgten und Getöteten des SED/DDR-Regime unerheblich, ob sie aus rassistischen Gründen oder aus politischen Gründen ihr Leben verloren haben, und, ob dies in der DDR oder im Dritten Reich geschehen ist. **Den Opfern der SED/DDR-Diktatur ist es wichtig, dass an authentischen Orten erinnert und gedacht wird.**

Eine öffentliche Entschuldigung bei den Opfern des DDR-Regime wäre angezeigt.

André Rohloff

Einzigartige Bilder aus der Haftzeit

Sparkasse unterstützt Cottbuser Menschenrechtszentrum beim Ankauf. Die Sparkasse Spree-Neiße unterstützt das Cottbuser Menschenrechtszentrum beim Ankauf von 48 einzigartigen Bildern mit 2.500 Euro. Das wurde am Dienstagabend bei einer feierlichen Veranstaltung im Cottbuser Lobedanhaus bekanntgegeben. Der Dresdener Künstler Frank Timpe hatte während seiner Haftzeit Bilder und Zeichnungen angefertigt. „Ganz besonders wertvoll sind die Werke, weil es leider keine Fotos vom damaligen Haftalltag gibt“, sagt Heide Schinowsky, Geschäftsführerin des Vereins Menschenrechtszentrum Cottbus.

Von 1984 bis 1987 war der gebürtige Dresdener Künstler Frank Timpe im Gefängnis Cottbus wegen „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme“ inhaftiert. Während seiner Haftzeit zeichnete er zahlreiche Bilder. Entgegen den Bestimmungen wurden diese von einem Gefängnis-Bediensteten jedoch nicht vernichtet, sondern aufgehoben. Mehr als 30 Jahre später hatte der Künstler seine Werke zurückbekommen und sie dem Menschenrechtszentrum als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt. Seitdem ist eine Auswahl davon als Teil einer Sonderausstellung im Foyer zu besichtigen.

„Diese Bilder sind einzigartiger und unersetzlicher Teil unserer Gedenkstätte. Der Künstler hat hierin Szenen, Wünsche und Gedanken während seiner Haftzeit dargestellt“, sagt Schinowsky.

Dank der finanziellen Unterstützung der Sparkasse können diese nun in den Besitz der Gedenkstätte übergehen. Mit jährli-

chen Ausschüttungen aus Los-Einnahmen der Sparkasse werden Vereine in der Region unterstützt.

Das Bild: „Werk von Frank Timpe während seiner Haftzeit in Cottbus“ kann kostenfrei unter Angabe der Quelle: „Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.“ verwendet werden.

[https://](https://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/presse-download/Timpe_Frank.jpg)

www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/presse-download/Timpe_Frank.jpg 



Haftbild Frank Timpe

„Diagnose: Unangepasst – Der Albtraum Tripperburg“

Dr. Christian Sachse, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG, weist auf die sechsteilige Podcast-Serie (je 30 min) „Diagnose: Unangepasst – Der Albtraum Tripperburg“ hin. Grund der Empfehlung ist das gute Konzept. Erzählt wird nicht nur vordergründig der grausame Alltag in den Tripperburgen, sondern auch die familiären Vorgeschichten, die psychosozialen Folgen bis in die nächste Generation, ja bis in unsere Tage hinein. Vorgestellt werden auch die vielfältigen gewaltbasierten Sozialisationsmechanismen, die weit mehr Jugendliche betrafen

als nur die widerständigen Jugendlichen. Sechs Podcasts sind mit Erzählungen gefüllt, die fachlich bestens recherchiert und biografisch eindrücklich umgesetzt sind. Wissenschaftlich wird der neueste Stand präsentiert, z.B. die Traumafolgen nach ICD-11 und eine Abschätzung der intergenerationellen Vererbung. Und das alles übersetzt in biografische Aussagen. Meine Hochachtung.

Zum Schluss: Sollte das Thema bestimmte mentale Zustände aufrufen, ist die übliche Vorsicht geboten.

Dank an das Team des MDR um Pia Uffelmann sowie die Ideengeberinnen Charlotte Witt und Ann-Kathrin Canjé. Der Podcast ist online und auf allen Kanälen verfügbar: <https://1.ard.de/diagnose-unangepasst?c=pro> oder ARD Doku & Reportage, Redaktion MDR Kultur: „Diagnose: Unangepasst – Der Albtraum Tripperburg“: <https://www.ardaudiothek.de/sendung/diagnose-unangepasst-der-albtraum-tripperburg/13323951/>

Dr. Christian Sachse

Vasko Krapkata – Der Kommunismus ist vorbei...

„Der Kommunismus ist vorbei, Kinder ihr könnt ruhig schlafen“, Bulgarischer Blues für Demokratie. Im Rahmen einer Veranstaltungsserie zum 35. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs in Europa nahm auch der bulgarische Bluesmusiker Vasko Krapkata, eine Ikone der bulgarischen Demokratiebewegung von 1989/1990, an zwei Veranstaltungen in Coesfeld und Münster in Nordrhein-Westfalen teil. Bei der Eröffnung der Ausstellung „Aufbruch nach Europa“ in der Stadtbücherei Coesfeld, die 2015 vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig konzipiert wurde und die die Bedeutung der mittel- und osteuropäischen Demokratiebewegungen für die Friedliche Revolution von 1989 hervorhebt, sang Vasko Krapkata Lieder der bulgarischen Demokratiebewegung von 1989/1990.

In dem Lied „Es lebe das Licht!“ beschreibt Krapkata die Gefühle der neu gewonnenen Freiheit und die damit verbundene Hoffnung auf ein besseres Leben. Es war die Hymne der Demokratiebewegung in Bulgarien und wurde auf den Demonstrationen vor über 300.000 Menschen auf dem Platz vor dem Kulturpalast in Sofia gesungen. Auch das Lied „Der Kommunismus ist vorbei“ wurde zu einer Hymne in Bulgarien. Vasko Krapkata berichtete in der anschließenden Diskussion über seine Bemühungen, während der Zeit des Schiwkow-Regimes eine Bluesband in Bulgarien zu gründen. Ähnlich wie in der DDR mussten Bands in Bulgarien vor einer Kommission vorspielen, um eine Konzernerlaubnis zu erhalten. Während der Befragung vor der Kommission

wurde er verächtlich gefragt, wer denn Bob Dylan sei und wer Eric Clapton. Er fühlte sich vor der Kommission wie ein Tier behandelt. Krapkata erklärte, dass in Bulgarien ein Lied erst veröffentlicht werden durfte, nachdem es vier Gremien mit unterschiedlichen Funktionen durchlaufen hatte. Eine Kommission war für die Einhaltung der Vorgaben zur sozialistischen Erziehung zuständig, eine weitere für die musikalische Gestaltung und wieder eine andere für den Text. Es gab viele Aufforderungen, die Texte zu verändern. Einmal spielten sie zwei Zeilen eines Stücks, das die Kommission sofort unterbrach, weil es Blues-Akkorde enthielt und ihnen dadurch zu Amerikanisch erschien. Sie durften es nicht zu Ende spielen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks durften in Bulgarien keine Bluesgruppen gegründet werden. Erst nach dem Rücktritt der Regierung Schiwkow am 10. November 1989 konnten sie sich in Bulgarien formieren. Nicht ohne Stolz berichtete Vasko Krapkata, dass er und lediglich zwei weitere bulgarische Dissidenten bei dem ersten Besuch eines amerikanischen Präsidenten in Bulgarien im Jahr 1999 zu einer Privataudienz mit Bill Clinton eingeladen wurden. Clinton bedankte sich bei ihnen für ihr Engagement in den Demokratiebewegungen in Bulgarien. Fünf Originaltexte seiner Lieder werden als kulturelles Erbe der Erinnerungen an die Demokratiebewegung in Bulgarien in der Library of Congress, der Bibliothek des US-Kongresses, in Washington aufbewahrt.



Vasko Krapkata spielt auf einer Demonstration vor dem Kulturpalast in Sofia/Bulgarien 1990. Fotorechte: Ulf Georgiew

UOKG zur Vorstudie „Lieferketten der DDR-Zwangsarbeit“

Am 22. April 2024 wurden die Forschungsergebnisse der Vorstudie „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“ im Senatssaal der Humboldt-Universität vorgestellt. Das Forschungsprojekt war von der UOKG initiiert worden und wurde unter der Leitung von Prof. Dr. Jörg Baberowski, Lehrstuhlinhaber für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt Universität zu Berlin realisiert. Die Autoren der Studie sind Dr. Markus Mirschel und Samuel Kunze.

Dr. Markus Mirschel führte aus, dass der Nachweis vollständiger Lieferketten von der Werkhalle des Produzenten bis hin zum Abnehmer im Westen zwar aufwändig, in einer großen Zahl von Fällen aber möglich ist. Er verdeutlichte dies am konkreten Beispiel des Exportschlagers der Damenfeinstrumpfhosen des ehemaligen VEB Strumpfkombinat Esda Thalheim, ausgehend von der Produktion in der ehemaligen Strafvollzugseinrichtung Hoheneck bis hin zum Endverkäufer Aldi Nord.

Samuel Kunze, verantwortlich für den Bereich „chronische Gesundheitsschäden durch DDR-Zwangsarbeit“, untersuchte die langfristigen Wirkungen von giftigen Chemikalien wie Chromoxid und Quecksilber, denen politische Gefangene der DDR extrem ausgesetzt waren, im Vergleich mit internationalen Studien. Mit derartigen Detailuntersuchungen können in Zukunft aufwändige Gutachter-Prozesse überflüssig werden.

Dazu Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG: „Das Verhalten von Politik und erfolgreichen Unternehmen, die an der Vermarktung von Produkten aus der Zwangsarbeit politischer Häftlinge der DDR Gewinne erzielt haben, ist beschämend. Die Haltung erfolgreicher Unternehmen wie Otto-Group, die sich vor einer moralischen Verantwortung drücken und zusätzlich den betroffenen ehemaligen Häftlingen unlautere Motive unterstellen und ihnen drohen, ist empörend. Um unternehmerisch verantwortungsvoll zu handeln, sollte es keines Lie-



Evelyn Zupke, Dieter Dombrowski.
Fotorechte: UOKG, Fotograf Christoph-Lucas Hütter

ferkettengesetzes bedürfen, menschlicher Anstand sollte reichen. Einzig die Firma IKEA ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen.“

Der Abschlussbericht zur Vorstudie kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:

UOKG zur Vorstudie „Lieferketten der DDR-Zwangsarbeit“

UOKG: https://www.uokg.de/2024/04/vorstudie_lieferketten/

Treffen der 2. und 3. Generation in der Gedenkstätte Roter Ochsen in Halle/Saale

Am Ort, wo einst etliche ihrer Angehörigen in den Jahren 1950 bis 1951 von einem Sowjetischen Militärtribunal entweder zu langjährigen Gulag-Haftstrafen oder gar zum Tode verurteilt wurden, trafen sich vom 20. bis 21. April 2024 eine Gruppe aus der 2. und 3. Generation in der Gedenkstätte Roter Ochsen in Halle/Saale zu einer Tagung unter dem Motto: „Die Auswirkungen politischer Haft in der SBZ/Sowjetunion auf die nachfolgenden Generationen der Angehörigen.“

Der Gedenkstättenpädagoge Niklas Poppe gab zunächst Einblicke in die historischen Abläufe dieses Gefängnisses. Die 1842 eröffnete Strafanstalt diente der Sowjetischen Besatzungsmacht von 1945 bis 1952 als einen Sitz für ihre Militärtribunale (SMT). Eine Luftaufnahme zeigte die Dimension der Gefängnisanlage, die auch heute noch als Haftanstalt dient.

Der Historiker und Leiter der Gedenkstätte Moritzplatz (Magdeburg), Dr. Daniel Bohse, erläuterte anschließend, dass das SMT in Sachsen-Anhalt mindestens

289 Todesurteile gefällt hat, nicht nur in Halle sondern auch in Orten wie Stendal, Köthen und Magdeburg. Einige Tafel der neu konzipierten Ausstellung „Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR – Sachsen-Anhalt“ waren im Versammlungsraum aufgestellt. Die Gedanken gingen zu Elfriede Kreyßig, die hier zu 20 Jahre Gulag, und ihrem Ehemann Wolfgang Kreyßig, der hier zum Tode verurteilt wurde. Unter den Zuhörern war ihr Neffe mit seiner Lebenspartnerin. Dr. Bohse erläuterte einige der Merkmale dieser Unrechtsurteile, wie die nachträgliche Ausstellung der Haftbefehle, in der das Urteil schon vorweggenommen war. Anm.: In diesem Zusammenhang sei auf das Buch „Abgeholt, verschwunden, hingerichtet – Politische Verfolgung in Sachsen-Anhalt von 1945 bis 1953“ hingewiesen, zu dem maßgeblich Edda Ahrberg beigetragen hat.

Anschließend führte Dr. Bohse die Gruppe durch den Teil der Dauerausstellung, der für die Teilnehmer von besonderem Interesse war. Neben anderen bewegenden

Schicksalen wurde auch immer wieder der Name des Zeitzeugen Dr. Horst Hennig erwähnt, dessen Tochter anwesend war. Besonders das Ausstellungsdokument „Anrechnungskarte“ aus der Akte von Dr. Hennig hatte es den Teilnehmern angetan. Verurteilt am 13. März 1950 begann seine Haftzeit am 14. März 1950 und sollte am 14. März 1975 (25 Jahre!) enden. Wegen guter Arbeitsleistung in Workuta konnte er sein Unrechtsurteil um fast 6 Monate verkürzen und wäre am 19. September 1974 aus dem Gulag entlassen worden, wäre nicht Dr. Konrad Adenauer im Herbst 1955 dazwischengekommen.

Von besonderem Interesse war, wie diese Zeit, die heute so weit weg erscheint und doch von so großer Bedeutung sein sollte, den heutigen Besuchern vermittelt werden kann. Die mit viel Aufmerksamkeit erstellten biografischen Mappen einiger Zeitzeugen geben jedem interessierten Leser prägende Einblicke. Im Innenhof der Gedenkstätte legte die Lagergemeinschaft einen Gedenkkranz ab. >>>



Treffen der 2. und 3. Generation in der Gedenkstätte Roter Ochse, 20.04.2024. Foto: Margreet Krikowski

Gedenkworte sprachen Niklas Poppe, Dr. Daniel Bohse und Stefan Krikowski, Vorsitzender der LAG Workuta e.V., der aus den Erinnerungen von Horst Maltzahn, dessen Sohn und Schwiegertochter unter den Zuhörern waren, und ein Gedicht von Herrn Schüppel, dessen Tochter ebenso anwesend war, vortrug.

Anschließend gab Niklas Poppe tiefere Einblicke in die Wissensvermittlung an Schülern. Wie viel Textdokumente ist den heutigen Schülern für eine Biografiearbeit zuzumuten, wie können die pädagogischen Konzepte den Lesegewohnheiten angepasst werden? Welche Anknüpfungspunkte gibt es, wovon sich die heutige Generation an Schülern angesprochen fühlt? Ein wichtiger Anknüpfungspunkt wurde mehrmals erwähnt, die eigene Stadt/Region. Und dadurch wurde auch deutlich, dass die Wissensvermittlung in den alten Bundesländern herausfordernder ist, weil es hier keine örtlichen Anknüpfungspunkte gibt.

Nach so vielen Einblicken und Eindrücken war die Gruppe froh, abends in einem separaten Raum im Hotel Dorint Zeit und Ruhe zu haben, um sich untereinander auszutauschen. Auch das gegenseitige Kennenlernen durfte nicht zu kurz kommen. Der Bruder der ältesten Teilnehmerin wurde in

Dresden von einem SMT zum Tode verurteilt. Der mit ihm Angeklagte Hans-Gerd Kirsche wurde zu 25 Jahren Gulag-Haft verurteilt und am 01. August 1953 bei der Niederschlagung des Aufstands im 10. Lager von Workuta erschossen.

Am Sonntagvormittag referierte die Psychologin Dr. Maya Böhm zum Thema „Psychologische Belastung bei ehemals politisch Inhaftierten und ihren Angehörigen“ über die Ergebnisse ihrer Studie „Politische Haft in der ehemaligen DDR und ihre gesundheitlichen Folgen“.

Zu Beginn betonte sie, dass nicht jede belastende Erfahrung ein Trauma verursacht. Traumafolgestörungen bei ehemaligen Häftlingen können körperlicher und psychischer Art sein. Erhöhte Belastungen können sich in Angststörungen und Depressionen verwandeln. Nach einer langen Haftdauer sind häufig soziale und ökonomische negative Folgen zu verzeichnen. Bei ehemals Inhaftierten fehlen Ausbildungszeiten und wichtige Eckpunkte im Berufsleben, wodurch spätere Rentenansprüche deutlich gemindert sein können. Das wirkt sich auf die gesamte Persönlichkeit, auch auf das Selbstwertgefühl aus.


Die Evidenz wissenschaftlicher Studien muss überprüft werden. Wie ist es nach-

weisbar, dass etwa die psychischen Erkrankungen eines ehemaligen Häftlings durch die Haftzeit verursacht wurden. Oder kann es auch sein, dass die Erkrankung erst nach der Haft oder anlagebedingt auftritt? Dies ist ein lang geführter Streit, den Häftlinge oftmals unter unwürdigen Bedingungen bei Versorgungsämtern durchfechten mussten.

Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), treten, so die Referentin, bei etwa 30% ehemaliger politischer Häftlinge auf, gegenüber einer Rate von ca. 3% in der sonstigen Bevölkerung. Bei Kindern ehemaliger Gulag-Häftlinge ist/kann die Stressregulation erhöht sein. Ebenso sei eine erhöhte Vulnerabilität bei Kindern der 2. Generation zu verzeichnen, so die Referentin. Ebenso kann bei Kindern von Gulag-Häftlingen durch Identifikation mit einem Elternteil oder erhöhtes Schutzbedürfnis mit dem Elternteil das Kind selbst psychisch belastet sein. Und so können sich psychische Belastungen, wie Angststörungen, Depressionen, vermindertes Selbstwertgefühl sich von Eltern auf die Kinder übertragen.

Im Gegensatz zu den als abstrakt gefühlten Studien konnten die Teilnehmer sehr konkret von Erfahrungen mit ihren Eltern berichten. Konkrete Fallstudien hätten vielleicht einen noch besseren Einstieg in die Diskussion mit den betroffenen Teilnehmern ergeben können.

Alles in allem war es eine sehr gelungene Tagung, und die Teilnehmer vereinbarten sich im nächsten Jahr im Frühjahr 2025 in Berlin wieder zu Treffen. Besonderen Dank ging an Edda Ahrberg, die diese Tagung maßgeblich inhaltlich und organisatorisch vorbereitet hat.

Ein Bericht von Stefan Krikowski vom 28.04.2024 auf <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html> 

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts, seit meinem Amtsantritt am 17. Juni 2021 setze ich mich für spürbare Verbesserungen für die Opfer der SBZ/SED-Diktatur ein. Dazu habe ich insbesondere in meinen bisher erschienen Jahresberichten detaillierte Forderungen und Vorschläge für Gesetzesänderungen erarbeitet, die vor allem der Verbesserung der sozialen Lage der Opfer dienen sollen. Die Regierungsparteien haben in ihrem Ende 2021 beschlossenen Koalitionsvertrag viele die-

ser Forderungen direkt aufgegriffen und angekündigt: „Im Einvernehmen mit den Ländern erleichtern wir die Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur, insbesondere für gesundheitliche Folgeschäden, passen die Definition der Opfergruppen an die Forschung an und dynamisieren die SED-Opferrente. Wir richten ergänzend einen bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer ein und entwickeln hierfür die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge weiter.“

Viel zu lange mussten wir warten, bis die Politik endlich ins konkrete Handeln gekommen ist. Nun hat aber der zuständige Bundesjustizminister Marco Buschmann zum 15. Mai 2024 einen ersten Entwurf für ein Gesetzespaket vorgelegt. Dieser Entwurf orientiert sich eng am Koalitionsvertrag und sieht folgende Änderungen vor:

– Dynamisierung der besonderen Zuwendung für Haftopfer (sog. Opferrente)

nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und der Ausgleichsleistungen für beruflich Verfolgte nach § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG) durch Einführung des im Sozialen Entschädigungsrecht seit Jahrzehnten bewährten „Anpassungsverbands“ mit der gesetzlichen Rentenversicherung, der die Höhe der Leistungen jeweils zum 1. Juli eines Jahres (beginnend mit dem Jahr 2025) an die allgemeine Rentenentwicklung anpasst;

- Einführung einer einmaligen Leistung in Höhe von 1 500 Euro für Opfer von Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der früheren DDR durch Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 1a Absatz 2 Satz 1 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (VwRehaG);
- Verzicht auf die bisher vorgesehene Absenkung der monatlichen Ausgleichsleistungen für beruflich Verfolgte nach § 8 BerRehaG von 240 Euro auf 180 Euro bei Renteneintritt, die für Fälle gilt, in denen Betroffene eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener Versicherung beziehen, sowie
- Verzicht auf die Berücksichtigung von Partnereinkommen im Rahmen der Prüfung der Bedürftigkeit als Voraussetzung für Ausgleichsleistungen.

Ich sehe in diesem Entwurf Licht und Schatten. Ich bin dankbar, dass mit der Einführung der Dynamisierung der SED-Opferrente und der Ausgleichsleistung für beruflich Verfolgte ein wesentlicher Beitrag zur zukunftssicheren Ausrichtung unseres Unterstützungssystems für die Opfer der SED-Diktatur geleistet wird. Dies gilt insbesondere auch für die beiden genannten Verzichte.

An wesentlichen Stellen werden die vom Bundesjustizminister angekündigten Veränderungen den aktuellen Herausforderungen allerdings nicht gerecht. Ich halte es weiterhin für dringend geboten, der Dynamisierung der Opferrente eine Erhöhung voranzustellen. Eine Steigerung der Opferrente in 2025, fünf Jahre nach der letzten Erhöhung, um einen Betrag, der nur die Rentensteigerung des aktuellen Jahres berücksichtigt, wird der aktuellen Lage gerade mit Blick auf die Entwicklung der Inflation der letzten Jahre und der prekären sozialen Lage vieler SED-Opfer nicht gerecht. Es darf den Opfern nicht zum Nachteil werden, dass das Gesetzgebungsverfahren erst drei Jahre nach



Evelyn Zupke (r) zu Gast im Rechtsausschuss unter Leitung der Vorsitzenden Elisabeth Winkelmeier-Becker (l), CDU-CSU, MdB, im Mai 2022

Unterzeichnung des Koalitionsvertrages zum Abschluss kommen wird.

Die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf eine Einmalzahlung für die Betroffenen von Zwangsaussiedlung wird von mir ausdrücklich begrüßt. Die Festlegung der Höhe auf einen Betrag von 1.500 € ist für mich jedoch nicht nachvollziehbar. Die Höhe der Einmalzahlung sollte sich vielmehr in das Gefüge der bisherigen Einmalzahlungen für unterschiedliche Opfergruppen einfügen. So erhielten beispielsweise anerkannte Doping-Opfer vor wenigen Jahren mit 10.500 € einen sieben Mal höheren Betrag. Auch enthält der Gesetzesentwurf Ausschlusskriterien, welche etwa zum Tragen kommen sollen, wenn bereits seitens der DDR auf Grundlage des dortigen Rechts eine Entschädigung für die Zwangsaussiedlung gezahlt wurde. Die geplante Einmalzahlung soll eine Würdigung des besonderen Verfolgungsschicksal der Zwangsausgesiedelten darstellen. Derartige Ausschlussgründe widersprechen diesem Würdigungsgedanken, weshalb ich mich vehement dagegen ausspreche.

Obwohl im Koalitionsvertrag direkt benannt, findet sich im Gesetzesentwurf keine Regelung zur Verbesserung der Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden. Dies sehe ich besonders kritisch. Noch in der letzten Wahlperiode forderte die Fraktion des heutigen Justizministers in einem Antrag im Bundestag von der damaligen Bundesregierung die Einfüh-

rung einer Beweislastumkehr bei der Anerkennung gesundheitlicher Schäden. Ich werbe dafür, dass man hier gegenüber den Opfern Wort hält. Die Lage ist dramatisch. So wurden beispielsweise in Sachsen-Anhalt seit 2015 nur drei von insgesamt 105 Anträgen positiv beschieden.

Hier muss die Politik gegenüber den Opfern Wort halten! Der vorgelegte Entwurf ist für mich daher nur der erste Schritt. Als Beauftragte des Bundestages baue ich hier auf unser Parlament und bin mit vielen Abgeordneten daher schon im engen Austausch, um weitere konkrete Verbesserungen in den Gesetzen zu verankern.

Gerade in diesem Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls werden wir in den kommenden Monaten den Mut der Menschen, die jahrzehntelang für Freiheitsrechte in der DDR kämpften und schließlich den Weg zur Einheit ebneten, würdigen. Es ist wichtig, dass wir diese Menschen würdigen. Es ist aber ebenso wichtig, dass wir ihnen auch ganz konkret helfen, jetzt, wo sie auf unsere Hilfe angewiesen sind. Für die Opfer, die heute unter verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden leiden, einen einfachen Weg zu Hilfen zu schaffen, ist für mich das richtige Signal in diesem besonderen Jahr.

Ihre Evelyn Zupke

Mord im Bahnhof Friedrichstraße

Vor 50 Jahren wurde in Berlin der 38jährige Czesław Kukuczka vom DDR-Staatssicherheitsdienst erschossen. Doch das Interesse der Justiz, den Täter zu bestrafen, hält sich in Grenzen. Ein Prozessbericht: [...] „Was dann folgt, ist ein Crashkurs über die behäbige Praxis der Berliner Strafjustiz: eine stumme Staatsanwältin, ein schlecht vorbereiteter Richter und der mehrfach geäußerte Wunsch, die Sache möglichst schnell hinter sich zu bringen. Nach nicht einmal vier Stunden ist der Verhandlungstag schon wieder zu Ende.[...]“

Von Hubertus Knabe unter: <https://hubertus-knabe.de/mord-am-bahnhof-friedrichstrasse/> oder <https://www.bz-berlin.de/polizei/menschen-vor-gericht/stasi-prozess>

„Otto... find' ich gut...“

Ergebnisse einer Cottbuser Gefangenenbefragung

„Otto ... find' ich gut...“ – der berühmte Slogan aus den 80er Jahren kommt mir sofort in den Sinn, wenn ich an den gleichnamigen Versandkatalog denke. Für uns im Osten standen seine farbenfrohen Hochglanzangebote vor dem Mauerfall symbolisch für den goldenen Westen schlechthin, also für Wohlstand.

Im November 2000 traf ich Unternehmensgründer Werner Otto (1909–2011) für einen Bericht in der Berliner B.Z. Der berühmte Mäzen wurde auf dem Potsdamer Pfingstberg gefeiert, hatte er doch für den Wiederaufbau des dortigen Belvedere schrittweise insgesamt 6,5 Millionen Euro gestiftet. Doch das Image des noblen Geldgebers bekam ich den letzten Jahren erheblich Kratzer. Es wurde bekannt, dass einzelne Katalog-Produkte auch durch Haftzwangsarbeit in der DDR produziert worden sein sollen. Doch während sich die Deutsche Bahn und IKEA in genau dieser Frage in bestimmtem Rahmen zu ihrer Verantwortung bekannten und Studien durchführten, weist die heutige Otto-Group als Rechtsnachfolger des Otto-Versands jede Verantwortung zurück. Auch auf Wikipedia gibt es dazu keinen Hinweis.

Erste Befragung politischer Häftlings der ehemaligen StVA/StVE Cottbus

Mit dem Zuchthaus Cottbus befasste ich mich als Journalist und Historiker seit 1991, verstärkt seit 2006. Im Rahmen meiner Publikation „Das Zuchthaus

Cottbus“ (drei Auflagen) führten die Historikerin Saskia Arnold und ich eine Befragung von 172 ehemaligen politischen Cottbuser Häftlingen durch: sieben Frauen und 165 Männer. Die befragten Frauen saßen entweder in der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Cottbus Am Spreeufer oder ab 1961 in der U-Haft des Ministeriums des Innern in der Bautzener Straße, bevor sie zur Verbüßung der eigentlichen Haftstrafe vor allem nach Hoheneck (Stollberg) oder Hohenleuben (bei Gera) gebracht wurden.

Die Sozialpädagogin Janet Thomalsky und die Sachbearbeiterin Christine Kitan halfen bei der aufwändigen Auswertung der Befragungen. Dr. Steffen Alisch lektorierte damals das Buchprojekt. Bis heute blieb er der Thematik durch Jobs am Menschenrechtszentrum e.V. (MRZ) treu. Es war eine tolle Team-Arbeit zu einer Zeit, in der sich das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. praktisch noch in seiner Gründung befand. Die Befragten wurden nicht ausgewählt, sondern waren jene früheren Insassen, die wir zum damaligen Zeitpunkt erreicht hatten und die unsere Anliegen unterstützen. Somit war es keine Gefangenen-Auswahl. Die Teilnehmer ergaben sich durch die schwierigen Umstände zu Beginn der Aufarbeitung der Cottbuser Gefängnisgeschichte.

Hier kann ich keine Beweise für das Gegenteil der Otto-Group-Erklärungen vorlegen. Auch UOKG-Bundesvorsitzenden

Dieter Dombrowski steht inzwischen nicht mehr vordergründig die juristische Verantwortung im Mittelpunkt, sondern ausschließlich die moralische Verantwortung gegenüber den SED-Opfern. Auch die am 22. April in der Humboldt-Universität vorstellte Vorstudie zur Zwangsarbeit in Strafvollzugseinrichtungen der DDR von Samuel Kunze und Dr. Markus Mirschel bestätigte erneut, dass viel mehr für die Opfer getan werden muss. Und auch mir geht es hier primär um die Opfersicht.

250 bis 300 politische Gefangene an der Produktion von Praktica-Gehäusen beteiligt

2023 hatte die SED-Opferbeauftragte des Bundestages Evelyn Zupke das Thema in ihrem Jahresbericht öffentlich gemacht. Laut Recherchen ihrer Mitarbeiter waren in Cottbus 250 bis 300 politische Gefangene an der Produktion von Praktica-Gehäusen beteiligt. Eine westdeutsche Branchenzeitung habe schon 1976 über die Missstände berichtet. Mehrere Unternehmen hätten die Kamera daraufhin aus ihrem Sortiment genommen, allerdings nicht der Otto-Versand, berichtete der RBB. Der Konzern hält die angeführten Belege der Zwangsarbeit hingegen nicht für ausreichend. Ein Sprecher erklärte sogar, dass es eine große Wahrscheinlichkeit dafür gebe, dass die damals verkauften „Praktica“-Modelle keine Teile aus Häftlingsarbeit enthielten.

Häftlingsbefragung speziell nach den Ergebnissen

Nun zu den Ergebnissen, die bisher nur auszugsweise im „Deutschland-Archiv“ publiziert wurden: Jeder bzw. jede zweite



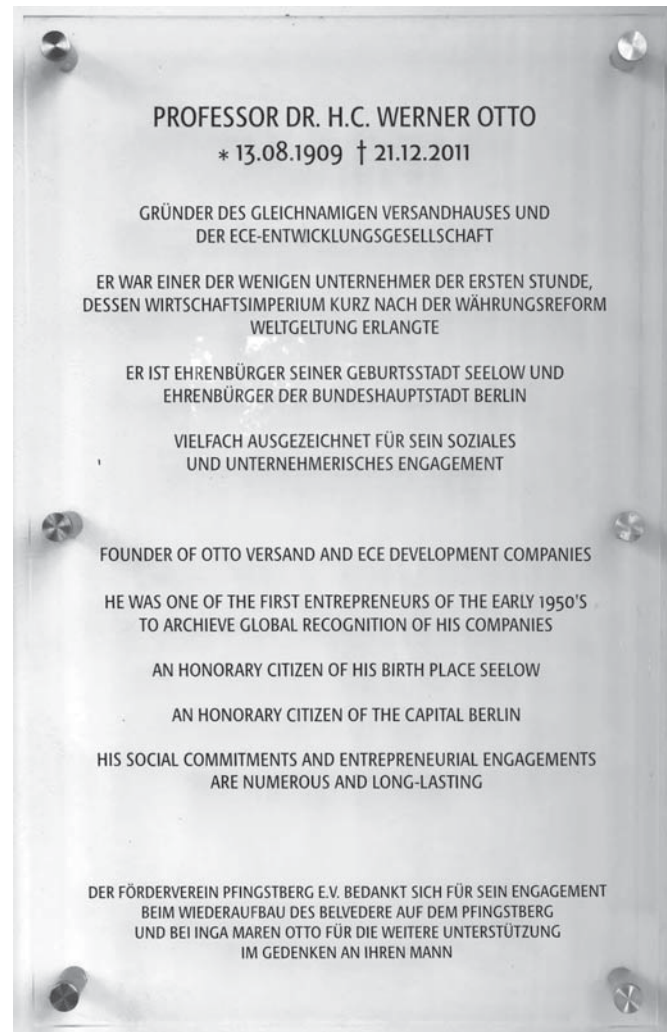
Blick aus Hafthaus 1 auf die ehemalige Pentacon-Werkhalle 2009.



Um 2007 war der Zugang zur ehemaligen Pentacon-Halle noch völlig zugewuchert.



Belvedere/Pfingstberg in Potsdam und eine Ehrentafel für den Unternehmensgründer Werner Otto (Otto-Tafeln).



Befragte gehörte nach damaligen DDR-Maßstäben der Intelligenz an. Zwölf Prozent haben promoviert, vor oder nach der Haft. Rund 30 Prozent waren in Medien Beschäftigte, etwa Autoren, Fotografen, Werbefachleute, Grafiker, Karikaturisten. Rund 40 Prozent hatten vor der Haft technische Berufe.

Insgesamt habe ich inzwischen eine Datenbank von rund 1000 Cottbuser Häftlingen erarbeitet. In Auswertung aller Daten und Befragungen kam ich zu der Erkenntnis, dass sich der SED-Staat mit dem Verfolgen, Verurteilen und Wegsperrern der eigenen ostdeutschen leistungstarken Intelligenz beraubte. Das war wahrscheinlich mehr als nur ein Mosaikstein auf dem Weg zu ihrem Zusammenbruch der DDR 1989/90. Nach meinen Recherchen wurden aus der StVE Cottbus rund 3000 Menschen in den Westen verkauft. Vielleicht sogar mehr. Allein mit diesen Freikäufen erwirtschaftete der SED-Staat hochgerechnet über eine halbe Milliarde D-Mark.

Für diesen Beitrag im „Stacheldraht“ habe ich die umfassende Häftlingsbefragung speziell nach den Ergebnissen zur

Haftzwangsarbeit gefiltert. Die Cottbuser Strafgefangenen waren wie überall in der DDR mit Ausnahme in den Untersuchungshaftanstalten dazu verpflichtet. In den 60er und 70er Jahren mussten sie vor allem für die Sachsenwerke schuften, wo Spulen für Elektrogeräte gerollt wurden und später bis zum Mauerfall für den VEB Pentacon Dresden. In der Cottbuser Haftanstalt, bis heute vor allem Zuchthaus genannt, wurde seit den 70er-Jahren auch für den VEB Sprela Spremberg gearbeitet, für den Plasteteile bearbeitet wurden.

Arbeitszwang und Einsatzorte

70 Prozent der Befragten mussten bei Pentacon arbeiten, 16 Prozent bei Sprela und nur sechs Prozent in den Sachsenwerken. Der Rest waren Hausarbeiter oder saß in der U-Haft. Diese Arbeiten an alten Stanzen, Bohrmaschinen und vor allem mit Chemikalien wurden in der Befragung nur von knapp 40 Prozent als erträglich gewertet. Die Mehrheit sah es anders. Für 48 Prozent der Befragten waren die geforderten Normen kaum zu erfüllen. Einige fühlten sich von der stupiden Arbeit sogar völlig überfordert.

45 Prozent empfanden die Haftzwangsarbeit als gesundheitsgefährdend. Die Produktion war monoton, hart, schmutzig und beförderte die Krebsbildung, etwa durch den Plastikstaub bei der Verarbeitung in der Sprela-Außenstelle. Das konnte auch nicht durch die Bereitstellung von Milch für die betroffenen Haftarbeiter kompensiert werden. Ein knappes Drittel der Befragten fühlte sich zudem einer hohen Unfallgefahr ausgesetzt. Denn die Maschinen waren sehr alt, entsprachen nicht dem Stand der Technik. Erstaunlicher Weise kamen sogar noch Jahrzehnte später, weit nach dem Mauerfall, sehr alte Maschinen in der neuen JVA Cottbus-Dissenchen zum Einsatz. Acht Prozent sprach von Todesängsten im Zuchthaus Cottbus.

Einige Männer verloren in der DDR-Zeit an den berüchtigten Stanzen einzelne Finger. Leider konnte ich noch keine konkreten Fälle recherchieren bzw. davon Betroffene finden, obwohl hin und wieder ansatzweise berichtet wurde. Das wäre umso wichtiger, um Hörensagen von belegbaren Fakten zu trennen. Einige Häftlinge und befragte ehemalige Mitarbeiter





Wolf Biermann-Konzert in der ehemaligen Pentacon-Halle im Zuchthaus Cottbus am 28. August 2017. Die Fotos zeigen, wie die Halle heute genutzt wird – von SED-Opfern für SED-Opfer. Eine Halle als Sieger der Geschichte.

entgegneten bei unseren Gesprächen, dass die Haftzwangsarbeiter mitunter sogar selber die Sicherheitsvorrichtungen an den Stanzen außer Kraft gesetzt hatten. Und zwar, um die Norm zu erfüllen. Auch das hatte letztlich seine Ursache im DDR-Haftsystem.

Widerstand gegen das Haftregime

Wir hatten uns in den Befragungen auch nach dem geleisteten Widerstand in der Haft erkundigt. Dabei gaben 75 Prozent an, Widerstand in aktiver oder passiver Form unternommen zu haben. 36 Prozent hatte nach eigenen Angaben mindestens einmal die Arbeit verweigert. Ein Fünftel habe Befehle verweigert. **Bemerkenswert:** über 15 Prozent erklärten, sogar Sabotage gemacht zu haben. Aber natürlich gab es auch Insassen, die sich den Gefängnisregeln völlig unterordnet hatten. Begründung: Man hoffte auf vorzeitige Entlassung wegen guter Führung. Andere wollten sich durch das Stillhalten nicht die Hoffnung auf Frei-

kauf verbauen. Andererseits gab es auch später Freigekaufte, die durch besonderen Widerstand den Freikauf erzwingen wollten. Eine moralische Bewertung beider Motivationen sollte man nicht vornehmen.

Haftschäden und physische Leiden

Viele der ehemaligen Häftlinge des Zuchthauses Cottbus beklagten Haltungsschäden, Magen- und Darmprobleme und Haarausfall in der StVE Cottbus. Sieben Prozent gaben an, in der Haft ergraut zu sein. Zahnprobleme (auch Zahnverluste) wurden von über 27 Prozent angeführt. Vitaminmangel war ein Dauerzustand, bedingt auch durch das einseitig oft fade Essen, im Arrest sogar als „ekelhafter Fraß“ bezeichnet. Durch das Essen von Zwiebeln versuchten einige, den Vitaminmangel auszugleichen. Lange Zeit war in Cottbus sogar der Genuss von selbstaufgebrühtem Tee verboten. Bei den Rauchwaren gab es hingegen weniger Mangel.

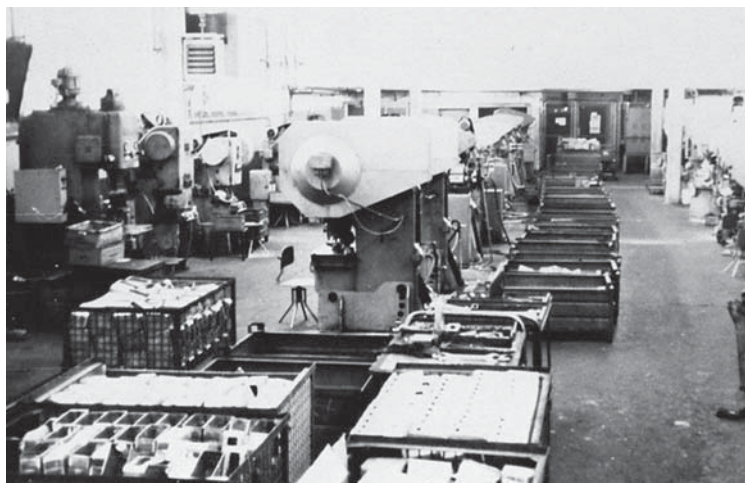
Von physischen Leiden auch nach der Haft berichteten 37 Prozent, während psychische Folgeleiden 68 Prozent angaben. Von den seelisch Geschädigten sprachen 72 Prozent von Alpträumen, 23 Prozent von Platzängsten, 18 Prozent von allgemeinem Misstrauen, ein Zehntel von Depressionen und neun Prozent von Verfolgungswahn. Es bestand hier bei den Befragungen die Möglichkeit von Mehrfach-Nennungen. Therapeutische Hilfen nahm später nur jeder Dritte der Befragten mit psychischen Haftfolgeleiden in Anspruch. Zwei Drittel verzichteten darauf und fraß den Frust ohne fachliche Hilfe in sich hinein. Fast 70 Prozent erinnern sich an die Haft bis heute als schlimmste Zeit ihres Lebens. **Erstaunlich:** Etwa zehn Prozent wurden erst durch die Haft zu entschiedenen DDR-Gegnern.

Nach der Haft

Und wie ging es mit den SED-Opfern nach der Haft beruflich weiter? Über die



Pentacon – Materialien und Werkzeug –



Pentacon-Werkhalle in Haftanstalt Cottbus, vermutlich Anfang bis Mitte der Achtziger Jahre.



Vorstellung der Studie „Zwangsarbeit“ am 22.04.2024 an der Berliner Humboldt-Universität

war. Hier wird politische und menschliche Solidarität im wohlhabenden Westen für die Leute aus dem relativ armen Osten deutlich. Viele freigekaufte Ex-Cottbuser empfinden daher noch heute eine große Dankbarkeit gegenüber der alten Bundesrepublik.

Abschließend sei noch einmal gesagt, dass es angemessen und wünschenswert wäre, wenn sich die Otto-Group ihrer moralischen Verantwortung stellen würde. Dazu wäre es hilfreich, eine externe Untersuchung zu genehmigen und zu finanzieren. Dann besteht die Möglichkeit, Otto wieder gut zu finden...

Dr. Tomas Kittan

Hälfte hatten keine Probleme mit einem Neustart ins Berufsleben. Ein Viertel erinnerte sich an Probleme, ein Fünftel sogar an große Schwierigkeiten, wieder beruflich Fuß zu fassen. **Überraschend:**

Finanziell gab es bei 87 Prozent keine Startprobleme, was bei vielen vor allem der Unterstützung nach dem Freikauf durch Behörden in der Bundesrepublik oder durch Verwandte dort zu verdanken

Über Ergänzungen und Anmerkungen würde ich mich unter tomas.kittan@t-online freuen.

Fotos und Fotorechte: Tomas Kittan

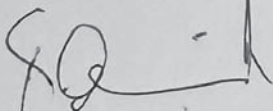
Zeitzeugenaussage

Werner Schmidt
(*1928)

Ich habe von 1969 bis 1989 in der StVA / StVE Hoheneck als Zivilangestellter (Mdl) gearbeitet. Es gehörte zu meinen Aufgaben, Lastkraftwagen westdeutscher Unternehmen auf das Gefängnisgelände an die Fahrstuhlrampe hinter dem Nordflügel zu rangieren. Die Fahrer der westdeutschen Firmen durften das Anstaltsgelände nicht betreten und Uniformierte durften die Lkw nicht fahren. Deswegen wurde diese Aufgabe mir übertragen. Nachdem der Lkw wahlweise mit Strumpfhosen oder Bettwäsche beladen war, brachte ich ihn wieder nach draußen und übergab ihn dem Fahrer. Ich erinnere mich, dass es sich um Lkw der Firmen Neckermann, Quelle und Aldi handelte. Dieses Verfahren habe ich im Laufe der Jahre sehr oft erlebt.

Stollberg/Erzgebirge, den 30. April 2024.

Für die Richtigkeit der Angaben:


(Werner Schmidt)

Goldene BdV-Ehrendadeln für Sylvia Stierstorfer und Peter Winter

München. Im Rahmen eines festlichen Ehrenabends in der Münchener Traditionsgaststätte Paulaner-Nockherberg zeichnete BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer die beiden ehemaligen CSU-Landtagsabgeordneten Sylvia Stierstorfer und Peter Winter mit der Goldenen Ehrendadelle des BdV aus. Beide ehemaligen Politiker waren während ihrer politischen Tätigkeiten auf unterschiedliche Weise sehr mit den Heimatvertriebenen und Spät-/Aussiedlern und ihren Landsmannschaften verbunden. Als Dank für deren fortwährende Unterstützung bei der Um-

setzung von durch den BdV angestoßenen Initiativen, hatten sich die Mitglieder des BdV-Landesvorstandes, die Vorsitzenden der Landsmannschaften und die Vertriebenenpolitischen Sprecher von SPD, Freien Wählern und Bündnis 90/Die Grünen zusammengefunden, um beiden Persönlichkeiten Respekt und Anerkennung zu zollen.

Die aus Pfatter/Oberpalz stammende Sylvia Stierstorfer, hatte 2018 die Funktion einer Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene übernommen, die es bis dahin noch nie gab. Innerhalb weniger Monate sei es ihr gelungen, „die Herzen der Mitglieder in unseren Verbänden für sich zu gewinnen“, so Knauer in seiner Laudatio. Die Geehrte gehörte dem Bayerischen Landtag von 2003 bis 2023 an. In ihrer neuen Funktion war sie eine vorbildliche, über die Fraktionsgrenzen hinweg, anerkannte Ansprechpartnerin für die in Bayern lebenden Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie deren Nachkommen gewesen. Diese konnten sich jederzeit mit ihren Anliegen, Fragen und Eingaben an sie wenden. Den BdV Bayern und die Landsmannschaften im Freistaat unterstützte sie mit vorbildlichem Engagement, beispielsweise in Fragen der Pflege des kulturellen Erbes, bei politischen Themen wie der fortdauernden Gültigkeit der Beneš-Dekrete oder

der Lage der deutschen Minderheit. Eine zentrale Aufgabe sah sie darin, die bayerische Öffentlichkeit über das Schicksal, die Geschichte und die Kultur der Heimatvertriebenen und Aussiedler zu informieren und sie für deren Anliegen zu sensibilisieren. Entsprechend legte sie großen Wert auf eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit.

Um die Bande zu den östlichen Nachbarn zu festigen, setzte sie sich – in engem Austausch mit der 2021 gegründeten Stiftung Internationaler Jugendaustausch Bayern – für einen Ausbau der Begegnungen zwischen Schülern und Jugendlichen aus Ost und West ein. Initiiert hatte sie auch ein 100.000 Euro-Programm, mit dem das Haus der Bayerischen Geschichte Lehrmaterialien und digitale Angebote für Schülerinnen und Schüler zum Themenkomplex „Vertriebene und Aussiedler“ entwickeln konnte. Das ebenfalls von ihr angestoßene Forschungsprojekt „Vertriebene als integraler Bestandteil Bayerns“ fördert am Leibniz-Institut für Südost- und Osteuropaforschung seit 2022 neue Erkenntnisse darüber, wie die Vertriebenen als Brücke und Kulturvermittler im Herzen Europas gewirkt und welchen Einfluss sie auf die kulturelle Identität Bayerns ausgeübt haben.

Vereinigte Landsmannschaften
Landesverband Bayern e.V.
Am Lilienberg 5, 81669 München
Tel.: (089) 48 14 47
Fax: (089) 48 26 21
E-Mail: info@bdv-bayern.de
Internet: www.bdv-bayern.de



Peter Winter (li.), BdV-Landesvorsitzender
Christian Knauer (mitte) und Sylvia Stierstorfer (re.).
Foto: BdV Pressemitteilung vom 29. 04. 2024

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.

Für Rechtsstaat, Recht und Eigentum • Gegen altes und neues Unrecht!

In einer „6 Punkte – Übersicht“ mit dem Einblick in die vorrangige Tätigkeit der nächsten Wochen, auch vor dem Hintergrund der Entwicklung und einiger neuer Perspektiven, können Sie sich auf der Internetseite der ARE informieren: <http://www.are-org.de/are/?q=node>

Darüber hinaus informiert das Team der ARE regelmäßig über den weiteren Ausbau des ARE-Zentrums Plänitz für die ländlichen Räume in der Fortsetzung des Auf- und Ausbaus des Dokumentations- und Informationszentrums in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

ARE – Allianz für Rechtsstaat und Erneuerung – Zusammenschluss von Opfern und Geschädigten. 18 Mitglieds- und Kooperationsverbände, 12 ARE-Aktionsgruppen in ganz Deutschland und Kontaktstelle zur Europäischen Union. Wichtigste Partner-Organisation ist die UOKG – Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft mit ihren 30 angeschlossenen Verbänden, mit denen ständig Pressemitteilungsaustausch besteht.

Kontakt:
Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.

Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein
Telefon: 05624-3069401

Fax: 05624-3069402
E-Mail: info@are-org.de

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.
Hofstraße 5, Herrenhaus Plänitz
16845 Neustadt/Dosse OT Plänitz
Telefon: 033970-51874, 033970-51876
Fax: 033970-51875
E-Mail: are-pl@gmx.de

Spenden:

IBAN: DE 68 1606 1938 0103 0127 94
bei der Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppiner;
BIC: GENODEF1NPP

Manfred Graf von Schwerin,
Bundesvorsitzender

Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung

Jubiläumfest vom 11.–13. Juni 2024. Im Juni ist es fünf Jahre her, dass UNSER HAUS – Projekt für und von Menschen mit Heimerfahrung seine Türen in der Pettenkofferstraße 32 in Berlin-Friedrichshain geöffnet hat.

Als Trägerverein von UNSER HAUS verfolgt der ABH – Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung e. V. – das Ziel, einen Treffpunkt sowie eine Beratungs- und Dokumentationsstelle für Menschen mit Heimerfahrung zu etablieren und zu betreiben. Dabei sollen der Zielgruppe soziale Kontakte, gemeinsame Freizeitgestaltung und Selbsthilfeeaktivitäten ermöglicht und Hilfen zur Bewältigung des Alltags und zur Stabilisierung der körperlichen und seelischen Gesund-

heit angeboten sowie die Geschichte(n) der Heimerziehung und ihre Auswirkungen im Sinne von Anerkennung und Aufarbeitung gesichert und nutzbar gemacht werden.

Dieses 5-jährige Jubiläum möchten wir zum Anlass nehmen, unseren Verein vorzustellen und allen Interessierten Einblick in unsere Arbeit zu gewähren. Aber wir wollen dieses Ereignis auch gebührend feiern. Gemeinsam. Mit Menschen, die uns am Herzen liegen. Und dazu laden wir herzlich ein. Wir würden uns sehr freuen, Sie auf unserem Fest begrüßen zu können. Zur besseren Planung bitten wir um eine **Anmeldung bis zum 01. Juni 2024** an die Mail-Adresse: vorstand@heimerfahrung.berlin

Sie wollen Informationen und Unterlagen zu ihrer Heimbiografie und brauchen Unterstützung bei der Recherche? Oder suchen Sie Angehörige und wünschen sich Unterstützung und begleitende Beratung? Sie wollen Ihre Dokumente, Fotos und Heimerinnerungen an einem sicheren Ort wissen? Oder wollen Sie Ihre Bücher, Filme, Zeitungsartikel o.ä. zum Thema Heimerziehung an einem Ort wissen, an dem sie genutzt werden?

Wir unterstützen und begleiten Sie bei der Suche. Melden Sie sich bei Jana Johansson unter 030 814 865 45 oder per Mail an johansson@heimerfahrung.berlin

Anlauf- und Beratungsstelle für Menschen mit Heimerfahrung
Pettenkofferstraße 32
10247 Berlin
Fon: 030 8575 77 61
www.heimerfahrung.berlin



Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

Liebe Angehörige und Freunde, endlich gibt es das Totenbuch **Erschossen in Moskau... Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953** auch in digitaler Form.

Das digitale Totenbuch www.donskoje1950-1953.de stellt die **Biografien von 928 Menschen** vor, die zwischen 1950 und 1953 von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zum Tode verurteilt, in Moskau erschossen und die Asche auf dem Friedhof Donskoje verscharrt wurden. Die Verurteilten stammten nicht nur aus der SBZ/DDR, sondern aus allen Teilen Deutschlands. Eine interaktive Karte führt zum jeweiligen Geburtsort, letzten Wohnort, Hinrichtungsort (Butyrka-Gefängnis) und zum Donskoje Friedhof in Moskau. Das gedruckte Totenbuch erschien im Jahr 2005 erstmals und 2020 in vierter Auflage. **Das digitale Totenbuch Donskoje1950-1953.de setzt dieses fort.**

Die Internetseite www.verurteiltundvergessen.de ist ein Projekt der Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Der biographische Geschichtsatlas dokumentiert ausgehend von ihrer letzten Wohnanschrift vor der Verhaftung Lebensläufe von Menschen, die zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 24. Oktober 1955 zu Unrecht von sowje-

tischen Militärtribunalen (SMT) verurteilt wurden. Anders als die inspirierenden vergleichbaren Projekte „Stolpersteine“ und „Die letzte Adresse“ handelt es sich bei dieser Seite um ein rein virtuelles Erinnerungs- und Informationsprojekt. Bislang sind 289 Biografien erfasst. Es ist ein Mitmachprojekt. Wenn jemand Informationen, Fotografien und Dokumente zu den Verurteilten hat und zur Verfügung stellen möchte, unterstützen Sie dabei, diese Geschichten lebendig zu halten! Über diese beiden Seiten ist es möglich, sich über Verurteilte zu informieren, die damals in der Nähe des Heimat- oder Wohnortes lebten. Ihr Verfolgungsweg lässt sich visuell nachvollziehen.

Dank dieser beiden Internetseiten konnten viele die auf www.workuta.de porträtierten Biografien entsprechend erweitert werden: Wenn in einem LEBENSLAUF die Mitangeklagten, die zum Tode verurteilt wurden, erwähnt werden, sind diese Namen nun auf www.donskoje1950-1953.de verlinkt und farblich gekennzeichnet. Und wo möglich wurde unter LINKS auf die Biografie auf www.verurteiltundvergessen.de verlinkt.

Beispiel: In der Vita von Werner Gumpel wird nun auf die Biografie von seinem Freund Herbert Belter verlinkt: https://www.workuta.de/Werner_Gumpel/index.html – Denn, wie Peter Eberle

mir bei der Erstellung seiner Biografie einst sagte: „Wenn Sie nicht Herbert Belter erwähnen, brauchen Sie meine Biografie nicht zu veröffentlichen“.

Der Dank der LAG Workuta gilt dem Team um Dr. Bert Pampel von der Dokumentationsstelle Dresden und dem Team um Frank Drauschke und Beate Schreiber vom Historischen Forschungsinstitut Berlin, Facts & Files.

Stefan Krikowski
Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e.V.
Mitglied in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)
Tel. 030 – 78 71 48 18
smkrikowski@web.de
www.workuta.de

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Nachruf auf Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann

Würdigung durch Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED- Diktatur Burkhard Bley.

Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann, Jurist, Journalist und Publizist, ist am 09. April 2024 im Alter von 95 Jahren verstorben. Friedrich-Wilhelm Schlomann wurde am 05. September 1928 in Lüneburg geboren. Als 16jähriger wurde er von der Wehrmacht eingezogen und geriet in Kriegsgefangenschaft. Er legte 1948 in Schwerin sein Abitur ab und studierte Rechtswissenschaft in Rostock und Leipzig. An der Universität Rostock lernte er den Mitstudenten Arno Esch kennen, der für seine freiheitlichen und demokratischen Überzeugungen von der sowjetischen Besatzungsmacht 1949 verhaftet und 1951 in Moskau hingerichtet wurde.

1950 floh Friedrich-Wilhelm Schlomann aus der DDR in den Westen, wo er sein

Studium abschloss und promovierte. Er engagierte sich im Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen, welcher Menschenrechtsverletzungen in der DDR dokumentierte. Beruflich war er in den Bundesministerien für innerdeutsche Fragen bzw. für Verteidigung tätig und von 1970 bis 1992 Redakteur der Deutschen Welle.

Nach 1990 war Friedrich-Wilhelm Schlomann bis ins hohe Alter ein kritischer Begleiter der Aufarbeitung der kommunistischen und SED-Diktatur in der SBZ und der DDR, der sich mit seinem enormen Wissen und als Zeitzeuge immer wieder zu Wort meldete. Seine publizistischen Spezialgebiete waren Spionage und Geheimdienste.

Friedrich-Wilhelm Schlomann blieb zeitlebens seiner norddeutschen Heimat und insbesondere Schwerin verbunden, auch wenn er aufgrund seines hohen Alters nicht mehr reisen konnte. Die Landesbeauftragtenbehörde Mecklenburg-Vorpommern, aber auch die Aufarbeitungslandschaft verliert mit Friedrich-Wilhelm Schlomann einen kundigen Begleiter, einen scharfen Analytiker und einen Menschen, dem aus eigenem Erleben von Diktaturen der Einsatz für Demokratie und Freiheit Verpflichtung war.

Burkhard Bley
Der Landesbeauftragte
für Mecklenburg-Vorpommern
für Aufarbeitung der SED-Diktatur

Nachruf auf Frank Döbert und Petra Grund


Am 19. April 2024 starb Frank Döbert, der 1995 zur Gründergeneration der Geschichtswerkstatt Jena zählte. Beginnend mit der ersten Ausgabe 1996 steuerte der 1955 in Weißenfels geborene Journalist über viele Jahre historische Beiträge für die Zeitschrift „Gerbergasse 18“ bei, in Summe über 20 Texte. Zuletzt im Jahr 2014 zu einem seiner vielen thematischen Schwerpunkte, den Ereignissen rund um den 17. Juni 1953. Zu den eindrucksvollsten und auch immer wieder nachgefragten Texten gehört Döberts Artikelserie „Nie gesühnte Verbrechen“

über das Jenaer Polizei-Bataillon 311 im Zweiten Weltkrieg.

<https://www.geschichtswerkstatt-jena.de/index.php/aktuelles/newsarchiv/archiv-2024/433-gruendungsmitglied-und-unermuedlicher-mahner-erinnerung-an-den-jenaer-journalisten-frank-doebert-1955-2024>

Petra Grund verstarb Mitte Mai 2024. Sie engagierte sich in der DDR in der Jenaer Offenen Arbeit der Ev. Kirche, war Mitbegründerin der Jenaer Reihe „Künstler für Andere“ und später Gründungsmitglied

des Thüringer Archivs für Zeitgeschichte. <https://www.otz.de/leben/land-und-leute/article222015225/Thueringer-Archiv-fuer-Zeitgeschichte-in-Jena-und-Traegerverein-feiern-Jubilaem.html>

Die Trauerfeier für Petra Grund findet am 14.06.2024 um 12.00 Uhr in der Friedenskirche Jena statt, die Beisetzung um 14.00 Uhr auf dem Nordfriedhof. Danach soll noch in der Melanchthon 6 gemeinsam gegessen, getrunken und an Petra gedacht werden. 

Wie lange noch?

Der Titel „Wie lange noch? Seit 30 Jahren vom Rechtsstaat geprellt“ des im März 2023 erschienen Buchs von Helfried Dietrich weist auf die Aktualität des behandelten Themas hin: Die rentenrechtliche Anerkennung der in der DDR verbrachten Erwerbszeiten von DDR-Flüchtlingen und Aussiedlern.

Dabei geht der Autor zunächst biografisch vor und schildert die Familiengeschichte sowie die Gründe der Ausreise in die Bundesrepublik 1989 nach dreieinhalb jähriger Wartezeit und in dieser Zeit stattfindende Schikanen von Seite des DDR-Staatsapparats. Daraufhin werden seine jahrelangen Bemühungen eine Anerkennung seiner Rentenansprüche für

die in der DDR verbrachten Arbeitsjahre mit Hilfe von Petitionen und Klagen zu erlangen dargestellt. Dabei schildert er persönliche Begegnungen mit Politikern sowie seine Recherchen und Einschätzung der rechtlichen Problemlage.

Diese liegt darin, dass ab dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung bestehenden Rentenansprüche gegen die DDR-Rentenversicherung durch das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) in weiterhin geltende Ansprüche umgesetzt wurde. Dies betrifft seither auch die Ausgereisten und Geflüchteten aus der DDR, denen vormals in der BRD durch das Fremdrentengesetz (FRG) Ausgleich zustand. Da sich die Berechnungsgrundlage unterscheidet, wurden auf Grundlage des RÜG manche Gruppen vergleichsweise schlechter gestellt, darunter diejenigen, die in der

DDR nicht in die freiwillige Rentenversicherung (FZR) der DDR eingezahlt hatten, wozu insbesondere die Ausgereisten und Geflüchteten zählen. Viele werden so schlechter gestellt, als wenn sie die DDR nie verlassen hätten. Von der Verwaltung, den Sozialgerichten wie auch dem Bundessozialgericht wird diese Praxis durchgesetzt, obwohl Stimmen aus der Wissenschaft vertreten, dass das FRG weiterhin als Rechtsgrundlage heranzuziehen wäre.

Die jahrelange Auseinandersetzung mit Justiz und Politik, um eine materiell gerechtere Lage für die Ausgereisten und Geflüchteten herzustellen beschreibt Dietrich sehr eindrücklich und zeigt, wie aktuell Unrechtserfahrungen im Prozess der Wiedervereinigung weiterhin sind.

Inga Hengst LL. M., Frankfurt (Oder)

Jugendhäuser in der DDR

Über die Jugendhäuser in der DDR ist wenig bekannt. Nicht einmal eine komplette Liste der Einrichtungen ist im Internet zu finden. Google verwechselt die Jugendhäuser regelmäßig mit den Jugendwerkhöfen. Die Haftverfahren reichen von Gewaltexzessen über erbarmungslose Ausbeutung in der Produktion bis hin zu einer akzeptablen Berufsausbildung. Die Opfergruppe beträgt mehrere Tausend junge Männer und Frauen. Sie haben ähnliche Folgen zu beklagen wie Insassen der Jugendwerkhöfe.

DENKOrte in Thüringen; „Widerstand ist zu brechen“. Das DDR-Jugendgefängnis in Torgau, Elisabeth Kohlhaas. Erinnerungsort Torgau. Justizunrecht – Diktatur – Widerstand; Das Jugendhaus Dessau-Kochstedt, Manfred Buchta, Psychosozialer Berater SED-Unrecht Jena; Jugendstrafvollzug im Jugendhaus Halle (1971–1990), Dr. Udo Grashoff, Privatdozent an der Universität Leipzig; Jugendhäuser: Chancen der Rehabilitation und Entschädigung, Ass. jur. Martina Kegel, Beratungsteam der UOKG.



Mit folgenden Beiträgen: Die Geografie der Jugendhäuser, Chrisan Sachse, UOKG; Strafvollzug an weiblichen Jugendlichen im Jugendhaus Hohenleuben, Stefanie Falkenberg, ThürAZ/

.....
Jugendhäuser in der DDR. Geschichte. Insassen. Folgen. UOKG-Kongress am 14. Oktober 2023. Evangelisches Augustinerkloster zu Erfurt, Herausgegeben durch die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V., demokratieverlag 2024, ISBN: 13-978-3910685024.

Ein Holzkoffer als Hoffnungsschimmer

Reinhard Wolff, geboren 1929 in einem Dorf bei Berlin, wurde als Jugendlicher 1945 unter dem unbegründeten Verdacht auf Mitgliedschaft in in der NS-Untergrundorganisation „Werwolf“ vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet. Er kam ins Speziallager Sachsenhausen, wo er bis zu seiner Entlassung 1948 unter den unmenschlichen Bedingungen des Lagers überleben konnte. Ihm halfen dabei der Kontakt zu seinen Mithäftlingen

und die Tätigkeit in der Holzwerkstatt des Lagers.

Die Historikerin Anja Thuns hat mehrere Interviews mit Wolff und umfangreiche Archivrecherchen durchgeführt. Ihr außergewöhnliches Buch erzählt vom Aufwachen in der NS-Zeit, dem Überleben im Speziallager und dem Weiterleben Wolffs in zwei politischen Systemen. So entsteht ein dichtes Porträt Wolffs, das

Anja Thuns subjektive Erlebnisse und gesellschaftliche Prägungen mit Erläuterungen zum historischen Kontext verbindet.

.....
Anja Thuns: Ein Holzkoffer als Hoffnungsschimmer. Reinhard Wolff als Jugendlicher im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen 1945-1948, Reihe Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Band 34, Metropol-Verlag Berlin 2023, 160 Seiten, ISBN: 13-978-3863317133.

Gefangen in Bautzen...

Neuer Sammelband „Gefangen in Bautzen – Beiträge zur Gefängnisgeschichte und Erinnerungskultur“ erschienen. Vor 120 Jahren nahmen im ostsächsischen Bautzen zwei moderne Gefängnisse ihren Betrieb auf. Bis heute prägen die Haftanstalten Bautzen I und Bautzen II das Bild der Stadt an der Spree als Ort von politischer Inhaftierung und Verfolgung im 20. Jahrhundert. Der Sammelband verbindet aktuelle Einzelstudien zur Geschichte der beiden Gefängnisse mit ausgewählten Aspekten moderner Gedenkstättenarbeit.

Die Autorinnen und Autoren nehmen die Häftlingszwangsarbeit in Bautzen während des Nationalsozialismus in den Blick, den personellen Neuanfang nach 1950 sowie die Bedeutung von Häftlingsschören im Strafvollzug der frühen DDR. Spione und „Verräter“ im „Stasi-Knast“ spielen ebenso eine Rolle wie das interne Strafsystem und die bisher von der Forschung vernachlässigten inhaftierten Frauen. Den Blick in die Gegenwart richten weitere Beiträge zur Entstehung der Gedenkstätte, zur pädagogischen

Vermittlungsarbeit und zu den denkmalpflegerischen Herausforderungen am historischen Ort seit 1990.

Internet: <https://verlag.sandstein.de/detailview?no=98-780>
Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=u01MnGHDSSI>

.....
Gefangen in Bautzen. Beiträge zur Gefängnisgeschichte und Erinnerungskultur. Herausgeber: Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft; Ronny Heidenreich; Silke Klewin, Gerhard Sälter, Sandstein Verlag 2024, 264 Seiten, ISBN: 13-978-3954987801.

Kontaktanzeige

Frau Hannelore Gutmann aus Leipzig sucht persönlichen Kontakt zu Menschen in Leipzig und Umgebung, die ebenfalls unter dem SED-Regime gelitten haben und zu Opfern geworden sind, Menschen, die ihre Gefühlslage nachempfinden können, einen Austausch wünschen und gemeinsam über Erlebtes sprechen möchten.

Bitte schreiben Sie bei Interesse an: **Hannelore Gutmann, Sternwartenstr. 61, 04103 Leipzig oder bitte rufen Sie bei Interesse an: 0341/9421982**

Hinweise und Korrekturen

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelegers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: 1 Euro/Ausgabe, 9 Euro/Jahr

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

Redaktionsschluss siehe Impressum letzte Seite

Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17.00 Uhr statt.

Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13.00 bis 16.00 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

Grenzschicksale

Der Verlag Janos Stekovics hat im April 2023 eine neue Publikation zur deutschen Teilung vorgelegt: Unter dem Titel „Grenzschicksale – Als das Grüne Band noch grau war“ entstand ein Buch, in dem 30 Zeitzeugen ihr Leben auf beiden Seiten dieser lange als unabänderlich geltenden Grenze schildern. Ergänzt werden die Lebensberichte durch einfühlsame Porträts der Fotografin Maïke Glöckner sowie durch einen umfangreichen Bildteil mit Arbeiten des Landschaftsfotografen Janos Stekovics.

Nirgendwo sonst sind die Spuren der deutschen Teilung noch heute so sichtbar wie am Grünen Band, jenem Areal, das früher die innerdeutsche Grenze bildete. Obwohl diese Grenze noch immer im öffentlichen Diskurs präsent ist, mag es vor allem für junge Menschen schwierig sein, das Leben und den Alltag an und mit ihr zu verstehen. Deshalb kommt der Bewahrung der Erinnerungen jener, die diese Zeit erlebt haben, ein immer größerer Stellenwert zu.

Zentrales Element in diesem Prozess sind die Berichte von Zeitzeugen. Sie bereichern den Diskurs um eine ganz besondere Facette, denn vor allem ihre persönlichen Schilderungen sind es, die Geschichte für die Nachgeborenen anschaulich werden lassen. Das Potenzial, das in diesem Genre steckt, zeigt sich im vorliegenden Buch. Es enthält 30 sehr persönliche Porträts von Menschen, die ganz unterschiedliche Erfahrungen aus ihrem Leben auf beiden Seiten der einstigen innerdeutschen Grenze schildern. Darin wird deutlich, wie stark die deutsche Teilung in das persönliche Leben und Arbeiten der Menschen hineinwirkte.

Aber auch, wie unterschiedlich man mit dieser Grenze umging. Die geschilderten Lebensgeschichten bestechen durch ihre Nahbarkeit. Sie sind naturgemäß häufig erschreckend, brutal oder tragisch, mindestens oft aber auch interessant und bewegend, detailreich und spannend, ja oft sogar klug und weise.

Ines Godaskar: Grenzschicksale zwischen Altmark und Harz. Als das Grüne Band noch grau war. Verlag Janos Stekovics Wettin, 592 Seiten 2023, ISBN: 13-978-3899234503.

Im Ministerium der Lügen

Der Autor kennt die Innenansichten der Putin-Diktatur, wie kaum ein anderer, weil er über zwanzig Jahre im russischen Außenministerium tätig war und nach dem Angriffskrieg gegen die Ukraine, aus Protest seinen Posten verließ. In Anlehnung an Orwells „1984“, wo ein Wahrheitsministerium die Geschichte permanent fälschte, bezeichnet er die Machtorgane Putins und seines Außenministers Lawrow ganz offen als „Ministerium der Lügen“. Natürlich kann er kein normales Leben mehr führen und wohnt heute unter strengen Sicherheitsbestimmungen im Ausland.

Er schreibt: „Ich bin studierter Diplomat und würde gern weiter für mein Land arbeiten. Aber diesem Staat weiterhin zu dienen und seinem verhängnisvollen Kurs zu folgen, bedeutet heute leider, meine eigene Heimat zu verraten. Das will und kann ich nicht tun.“

In sieben Kapiteln beleuchtet Bondarew die politische Entwicklung ab 1980, auch anhand eigener Erfahrungen, bis zu seinem Bruch mit der Diktatur Putins. Dabei schreibt er durchaus auch von „zerplatzten Illusionen“, „Realitätsverlust“ und „Ernüchterung“, denn es war für ihn (und sicher für viele russische Staatsangestellte) auch ein Weg mit Bitternis, weil er sich immer auch als Diener des russischen Volkes sah. Er erwähnt auch die Hoffnungen, die viele (auch im Westen) bei der Machtübernahme Medwedjews hatten, die sich aber sehr bald als Seifenblasen entpuppten, denn heute ist Medwedjew einer der härtesten Ideologen im Umkreis Putins. Dieses Buch sollten alle lesen, besonders aber die, in deren Köpfen immer noch Illusionen vorhanden sind, über Möglichkeiten mit Putin zu einem Frieden mit der Ukraine zu kommen. Bondarew reißt diesem

Kriegsverbrecher und seinen Helfern die Maske vom Gesicht, mit dieser außergewöhnlichen Veröffentlichung.

Alexander W. Bauersfeld

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

.....
Boris Bondarew: Im Ministerium der Lügen. Ein russischer Diplomat über Moskaus Machtspiele, seinen Bruch mit dem Putin-Regime und die Zukunft Russlands. Heyne Verlag München 2024, 256 Seiten, ISBN: 13-978-3453218710.

Wetlauf der Wohlfahrtssysteme

Das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2024 der Stiftung Aufarbeitung widmet sich der Sozialpolitik vor und hinter dem Eisernen Vorhang. Es geht der Frage nach, ob und inwieweit der Kalte Krieg die sozialpolitische Entwicklung in Ost und West beeinflusst hat.

Für den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Ludwig Preller war die Sache klar: Im Kalten Krieg entscheiden „die Bataillone der besseren Sozialleistungen“. Sein Bonmot aus dem Bundestagswahlkampf 1953 steht für die Systemkonkurrenz der beiden deutschen Staaten, die zu Beginn der 1950er-Jahre längst noch nicht entschieden war.

Der Zusammenhang zwischen Kaltem Krieg und der sozialstaatlichen Entwicklung wurde von der zeithistorischen Wohlfahrtsstaatsforschung lange Zeit eher stiefmütterlich behandelt. Der Band versteht sich als ein erster Aufschlag

zum Thema. Er präsentiert Studien zur Bundesrepublik Deutschland, der DDR, Bulgarien, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Österreich und Nordkorea.

Das JHK 2024 dokumentiert die Beiträge der 4. Hermann-Weber-Konferenz für Historische Kommunismusforschung. Gastherausgeber ist Prof. Dr. Nikolas Dörr, der die Konferenz konzipiert und 2022 in Berlin ausgerichtet hat.

Das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung wurde 1993 von Hermann Weber in Mannheim begründet und erscheint seit 2004 im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung. Das Jahrbuch ist die wichtigste deutschsprachige Plattform der deutschen und internationalen historischen Kommunismusforschung.

Seit 07. Februar 2024 im Buchhandel erhältlich. www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/jahrbuch

.....
Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2024, hrsg. von Nikolas Dörr (Gastherausgeber der Ausgabe 2024) und Ulrich Mählert im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin: Metropol Verlag 2024, 344 S., ISBN: 13-978-3-863317348.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
 (DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)
 Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10–15 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
 Persönliche Termine nach Absprache
 E-Mail: kurtz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
 ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
 Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52,
 E-Mail: kuhn@uokg.de / maltusch@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
 Mo, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben:

Dietmar Duwert, Helga Kupke, Roland Briol, Michael Striss, Udo u. Ursela Schulz, Deutscher Lehrerverband/Hans-Joachim Kluge, Erik Ryll, Christoph Wesselhoft, Erik Hofmann, Marion Ertl, Cornelia Schneider, Prof. Dr. Adolf und Barbara Ebel, Prof. Dr. Franz-V. Salomon-vom-Stein, Dr. Bernd Palm, Anneliese Zogbaum, Klaus Bohlken, Gerhard Knorr, Ursula Friesicke-Ismael, Horst u. Sieglinde Opitz, Peter Menzel, Uwe Behne, Michael Striss, Dr. Hans-Joachim u. Dr. Cornelia Springer, Gerhard Franke, Gerd Bierwirth, Rüdiger Bernhardt, Reinhard Linde, Giesela Linde, Martha Irmgard Pfeifer, Manfred Smala, Thomas Gries, Ulrike Hähnel

Odessa-Spende

Stefan Krikowski, Reinhard Golde, Bernd Müller, Prof. Dr. Adolf und Barbara Ebel, Wolfgang Howald, Klaus Habenicht, Jörg Neumann, Dieter Neukamm, Werner u. Bettina Restel, Thomas Wünsche, Wolf-dieter Sternheimer, Dr. Thomas Smolin, Helmut Ebel, Gudrun Baer, Engelbert u. Brigitte Skiba, Anneliese Martha Büttner, Erik Hofmann, Klaus Bohlken, Karl-Heinz Ullrich, Manfred Schulz, Kristin Seidel, Norbert Hermann Alois van Meegen, Christian und Margit Müller, Karl Kny, Sieghard u. Monika Philipp, Wolfgang Elle, Jürgen Schuchardt, Dr. Ansgar Wolff, Ralf u. Angelika Schmidt, Volkmar u. Waldtraut Geier

Zitat

„Wir sind taub für die Lehren der alten Geschichte, weil wir niemals lernen, dass das Leben gar nicht so viel Neues bringen kann, daß entweder jede oder keine Generation an einer 'Zeitenwende' steht und daß alles schon einmal da war.“ Ivar Lissner: So lebten die römischen Kaiser. Macht und Wahn der Cäsaren, dtv-Verlag 1977, S. 11, ISBN: 3-423-01263-3.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:

Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

9 Ausgaben pro Jahr, Verkaufspreis pro Einzelausgabe 1,- Euro

Bezug über die Redaktion mailto: der-stacheldraht@uokg.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 4/24: 24. Mai 2024

Redaktionsschluss Ausgabe 5/24: 21. Juni 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

